



Bayerisches EnergieForum
2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen
Veranstalter: Bayerischer Gemeindegtag und Bayerische Gemeindezeitung



Das Bayerische Energieforum – eine gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Gemeindegtag und Bayerischer Gemeindezeitung ist Fachforum und Marktplatz zugleich. Schwerpunktthemen sind erneut die Wärmeplanung mit Fokus auf Umsetzung und Wertschöpfung vor Ort durch erneuerbare Energien. Erstmals wird der neue Kooperationspartner der Kommunal GmbH des Gemeindegtags, die enPORTAL, mit seinem Team vor Ort sein. Das Bayerische Wirtschaftsministerium stellt die Rechtsverordnung zur Wärmeplanung und das Umsetzungspaket vor. Einen Überblick über die Veranstaltung bietet unser QR-Code.

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Weg frei für Milliarden-Finanzpaket:

Kommunen entlasten

Der Weg für das 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur ist frei: Nach dem Bundestag stimmte auch der Bundesrat dem Finanzpaket von Union und SPD zu. Damit wird die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse, die der Neuverschuldung des Bundes enge Grenzen setzt, für Ausgaben in Verteidigung, Zivilschutz, Nachrichtendienste und Cybersicherheit gelockert. Für alle diese Ausgaben, die ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, dürfen künftig Kredite aufgenommen werden.

Zudem wird ein Sondervermögen geschaffen, für das die Schuldenbremse nicht gilt und das mit Krediten bis zu 500 Milliarden Euro gefüttert wird. Daraus soll die Instandsetzung der maroden Infrastruktur in Deutschland bezahlt werden. 100 Milliarden Euro sollen an die Länder gehen, weitere 100 Milliarden Euro in den Klimaschutz und in den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft fließen.

Söder: Deutscher Marshallplan

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bezeichnete die Grundgesetzänderungen für ein milliardenreiches Finanzpaket als „erste Etappe“ zur Modernisierung Deutschlands. Kommunen und Freistaat Bayern profitierten davon ganz konkret: Die Regeln zur Schuldenbremse für die Länder werden so angepasst, dass den Ländern zukünftig – analog zum Bund – eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestattet ist. Damit wird auch den Ländern in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten in maßvollem Umfang die Möglichkeit gegeben, wachstumsfördernde Investitionen zu tätigen.

Das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur sei wie ein deutscher Marshallplan, betonte Söder. Investitionsbedarf sieht er bei Straßen, Schienen, Brücken, Krankenhäusern, Schulen, Kitas, und in der Wissenschaft. Jeder einzelne Euro müsse „überlegt ausgegeben werden“. Schließlich sei dies „kein Selbstbedienungsladen für irgendwelche Projekte, die immer schon mal gemacht werden sollten“.

Finanzminister Albert Fürkacker zeigte sich mit Blick auf

die 100 Milliarden Euro, die die Bundesländer in den nächsten Jahren für Investitionen in die Infrastruktur erhalten sollen, noch zurückhaltend. Wichtige Fragen seien noch offen. Zunächst brauche es ein Gesetz. „Wir müssen jetzt sehen, was im Bundesgesetz stehen wird, wofür das Geld unter welchen Voraussetzungen eingesetzt werden kann.“ Je weniger Bürokratie, desto mehr Geld werde zur Verfügung stehen, erklärte Fürkacker, „allerdings müssen wir Regeln einführen, damit das Geld auch dorthin kommt, wo es gebraucht wird und auch Wachstumseffekte erzeugt.“

Karmasin: Existenzielle Herausforderungen

„Nur durch entschlossene Maßnahmen kann eine wirtschaftlich starke und lebenswerte Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert werden. Der Wandel muss jetzt stattfinden.“ (Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen und Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der BKG. Bild: Fuchshuber

Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend 2025:

BKG warnt vor Kliniksterben

„Acht von zehn Krankenhäusern in Bayern haben 2024 rote Zahlen geschrieben. Somit hat sich die dramatische Prognose des vergangenen Jahres bestätigt“, stellte Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), bei der Vorstellung des Bayerischen Krankenhaustrends 2025 im Münchner Presseclub fest. Wird nicht gegengesteuert, könne sich diese Situation heuer sogar noch verschärfen, unterstrich Bischof.

Die Umfrage unter 123 Krankenhausträgern, die zwei Drittel der Betten im Freistaat betreiben, habe ergeben, dass bereits 85 Prozent der Kliniken für 2025 von einem Defizit ausgehen, erläuterte BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen. Der Grund: Die Erlöse pro Behand-

lungsfall deckten nicht einmal annähernd die Kosten. Um Insolvenzen zu vermeiden, fordert die BKG von der neuen Bundesregierung eine Anhebung der Behandlungserlöse um mindestens 4 Prozent.

Besonders betroffen sind kleineren (Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Extremismusbekämpfung und Entbürokratisierung im Fokus

Die Themen „Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker in Deutschland und Bayern“ sowie „Bürokratieabbau und Deregulierung in den Kommunen“ beherrschten die jüngste (digitale) Sitzung des KPV-Landesvorstands und Hauptausschusses. Hierzu tauschten sich die KPV-Mitglieder unter Leitung des Landesvorsitzenden Stefan Rößle mit Sarah Bitschnau, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, sowie dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Bayerischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, MdL, aus.

Wenn sich ein radikales Aufbegehren gegen politische Entscheidungen nicht nur in legitimem, strafrechtskonformem Protest äußert, sondern in Hass, Hetze und Gewalt umschlägt, ist unser aller Achtsamkeit gefordert. Diesen Kipppunkt frühzeitig zu erkennen und zu verstehen, ist die Voraussetzung für ein vorausschauend-präventives Agieren. In dieser Absicht wird in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durch die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA halbjährlich ein Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo) aufgelegt.

ten im Zuge der Amtsausübung bereits persönlich erlebt, dass Desinformationen oder KI generierte Deep Fakes über die eigene Person verbreitet wurden. 15 Prozent erlebten dies mehrmals.

Bedrohung für die persönliche Sicherheit

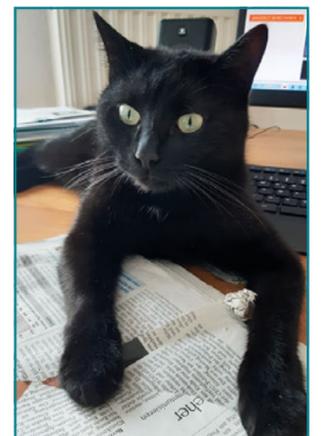
84 Prozent der Befragten sehen durch Desinformation oder KI generierte Deep Fakes eine Bedrohung für die persönliche Sicherheit und politische Karriere im Amtsallday. 27 Prozent haben ein starkes bis sehr starkes Bedrohungsempfinden. 31 Prozent der Befragten haben an unterschiedlichsten „Orten und Rahmen“ Anfeindungen wie Be-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutschlandweites Kommunalmonitoring

Laut Sarah Bitschnau, die dieses deutschlandweite Kommunalmonitoring leitet, zeigen aktuelle Umfrageergebnisse des KoMo, dass auf Bundesebene 34 Prozent der befragten Amts- und Mandatsträger Mai und Oktober 2024 Anfeindungen erlebt haben. Die zuletzt erlebten Vorfälle beliefen sich auf verbale/schriftliche Anfeindungen (78 Prozent), Hasspostings im Internet (19 Prozent) und tätliche Übergriffe (3 Prozent). 11 Prozent der zuletzt erlebten Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht. Frauen waren signifikant stärker betroffen als Männer (38 Prozent / 28 Prozent) und hauptamtliche Personen stärker betroffen als ehrenamtliche Personen (39 Prozent / 20 Prozent). Zudem wurden Amtspersonen im städtischen Raum öfter angefeindet als im ländlichen Raum (40 Prozent / 29 Prozent).

Laut der Befunde aus Bayern haben 22 Prozent der Befrag-



Deutschland lockert die Schuldenbremse für Panzer, Brücken und Energiewende. Klingt gut, meint Rathauskater Pino, doch Bürokratie und Blockiererunken drohen alles zu bremsen. Schulden sind international hip, aber wenn die Umsetzung stockt, bleibt nur Schopenhauers Durst nach Geld – und der Fortschritt auf der Strecke. Seite 13



3. Kongress für politisch engagierte Frauen

Landtagspräsidentin Ilse Aigner lud zum Kongress „Frauen in Parlamenten!“ ein

Erneut lud Landtagspräsidentin Ilse Aigner Mandatsträgerinnen, Kandidatinnen und politikinteressierte Frauen aus ganz Bayern zu einem parteiübergreifenden Netzwerk- und Coaching-Tag in den Landtag ein. Der Tag, der eine Vielzahl an Workshops umfasste, zielte darauf ab, mehr Frauen zu ermutigen und zu befähigen, eine politische Karriere einzuschlagen – insbesondere im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2026.

Derzeit sind im Bayerischen Landtag nur 51 von 203 Abgeordneten Frauen, was einem Anteil von 25 Prozent entspricht. Landtagspräsidentin Aigner setzt sich seit Jahren dafür ein, dass sich mehr Frauen politisch engagieren, in den Parteien Fuß fassen und das Verhältnis der Abgeordneten langfristig ausgeglichener wird. „Unser Ziel muss es sein, den Frauenanteil auf allen Ebenen

und erfahrenen Frauen geleitet wurden, ging es um Themen die Frauen bewegen: Gleichstellungsarbeit, der souveräne Umgang mit Hate Speech, die perfekte Balance zwischen Beruf, Familie und politischem Engagement sowie strategisches Netzwerken.

In spannenden Podiumsdiskussionen wie beispielsweise „Frauen in die Kommunalpolitik“ teilten zudem erfolgreiche Frauen ihre persönlichen Karrierewege, erzählten von ihren Erfolgen und gaben wertvolle Einblicke in die Perspektiven der politischen Arbeit.

In Workshops und Vorträgen, die von hochqualifizierten

und erfahrenen Frauen geleitet wurden, ging es um Themen die Frauen bewegen: Gleichstellungsarbeit, der souveräne Umgang mit Hate Speech, die perfekte Balance zwischen Beruf, Familie und politischem Engagement sowie strategisches Netzwerken.

In spannenden Podiumsdiskussionen wie beispielsweise „Frauen in die Kommunalpolitik“ teilten zudem erfolgreiche Frauen ihre persönlichen Karrierewege, erzählten von ihren Erfolgen und gaben wertvolle Einblicke in die Perspektiven der politischen Arbeit.

Bildarchiv Bayerischer Landtag

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|--|---------|
| Innenminister Herrmann präsentiert Kriminalstatistik | 2 |
| GZ-Podcast: Das gute Beispiel. | 2 |
| Leserbriefe an die GZ | 2 |
| GZ-Kolumne Henry Schramm: Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung | 3 |
| OB Alexander Putz: „Wir haben eine Vollbremsung hingelegt“ .3 | |
| Europäische Verteidigung stärken | 3 |
| Erfolgreicher Bürgerdialog für ein starkes Bayern. | 3 |
| Breitband · Kommunikationstechnik · IT | 5 - 8 |
| Umwelt-, Abfall-, Kommunaltechnik | 9 - 11 |
| Aus den bayerischen Kommunen. | 11 - 14 |

Innenminister Herrmann präsentiert Kriminalstatistik:

Weniger Straftaten, hohe Aufklärungsquote

Sicherheitslage in Bayern bleibt sehr gut
Umfassende Maßnahmen für mehr Sicherheit

Die Kriminalitätsbelastung in Bayern ist im Jahr 2024 leicht gesunken. Die Bayerische Polizei registrierte 4.218 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegalen Aufenthalt). Dies entspricht einem Rückgang von 3,3 Prozent. Die Aufklärungsquote bleibt mit 64,9 Prozent auf einem hohen Niveau (2023: 65,2 Prozent). Herrmann: „Die Sicherheitslage in Bayern bleibt sehr gut. Wir ruhen uns jedoch nicht auf diesen Erfolgen aus. Unser Ziel ist es, den Rückgang der Straftaten und die hohe Aufklärungsquote weiter auszubauen. Unser Landeskriminalamt und die bayerischen Polizeipräsidien analysieren die Kriminalitätsentwicklung genau und passen bei Bedarf die Einsatzkonzepte sowie die Polizeipräsenz an.“ Obwohl noch nicht alle Bundesländer ihre Kriminalstatistiken veröffentlicht haben, zeigte sich Herrmann zuversichtlich: „Bayern wird auch weiterhin einen Spitzenplatz im Bereich der Inneren Sicherheit einnehmen!“

Ein Grund für den Rückgang der Straftaten ist vor allem der gesetzlich neu geregelte Umgang mit Cannabis. Manche nach der alten Gesetzeslage noch strafbare Taten werden heute nicht mehr bestraft. Im Jahr 2024 registrierte die Bayerische Polizei insgesamt 31.145 Fälle der Rauschgiftkriminalität, was einem Rückgang von rund 39 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Bei Cannabis gab es sogar ein Minus von fast 56 Prozent auf 15.270 Fälle. Herrmann erklärte, dass dieser Rückgang jedoch keine Entlastung für die Polizei bedeute: „Durch das Cannabisgesetz entstehen für die Polizei zusätzliche Kontroll- und Überwachungsaufgaben. Es erschwert auch die Bekämpfung von Kriminalität erheblich. Das Gesetz begünstigt vor allem Händler und ermöglicht einen florierenden Schwarzmarkt. In Bayern stellt die Polizei weiterhin große Mengen an Cannabis sicher.“

Cannabisgesetz war schwerwiegender Fehler

Herrmann forderte eine grundlegende Wende beim Thema Cannabis: „Die Freigabe von Cannabis zum Eigenkonsum war ein schwerwiegender Fehler. Sie gefährdet massiv die Gesundheit der Menschen und belastet unsere Polizei und Justiz unerträglich. Diese unsinnige Regelung gehört umgehend abgeschafft.“ Herrmann äußerte Besorgnis über den steigenden Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger. Im Jahr 2024 waren von insgesamt 259.065 Tatverdächtigen 41 Prozent Nichtdeut-

Polizeipräsidiums Mittelfranken gegründet. Unser Ziel ist es, die Einsatzkonzepte in vielen Städten zu verbessern, insbesondere in Bahnhofsbereichen und Innenstädten. Wir möchten die Polizeipräsenz in diesen Bereichen lageangepasst erhöhen. Auch geschlossene Einheiten der Bereitschaftspolizei werden regelmäßig eingesetzt. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommunen prüfen wir, ob es sinnvoll ist, Verbotszonen für Alkoholkonsum sowie das Mitführen von Cannabis und Waffen auszuweisen. An Brennpunkten planen wir, die offene polizeiliche Videoüberwachung auszubauen.“

... und bei Sexualstraftaten

Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg um 6,6 Prozent auf insgesamt 17.529 Fälle. Hauptsächlich für diesen Anstieg waren die Verbreitung, der Erwerb, der Besitz und die Herstellung von Kinderpornografie. Herrmann: „Wir gehen nach wie vor konsequent gegen sexuelle Missbrauchsdarstellungen und Kindesmissbrauch vor. Ein Problem bleibt, dass Hinweise oft nicht weiterverfolgt werden können, weil keine Daten mehr gespeichert sind. Der Europäische Gerichtshof erlaubt die Sicherung von IP-Adressen und in der Innenministerkonferenz besteht Einigkeit über deren Speicherung. Dies müssen wir im neuen Bundestag zügig umsetzen.“ Im Bereich der Vergewaltigungsdelikte verzeichnete die Polizei einen Anstieg um 14,3 Prozent auf 1.493 Fälle. Drei Viertel der Opfer hatten eine Vorbeziehung zum Tatverdächtigen. Rund vier von fünf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung konnten 2024 geklärt werden.

Auch mehr Diebstahlsfälle

Bei den Diebstahlsfällen registrierte die Polizei rund 155.900 Delikte, was einem Anstieg von 2,2 Prozent im Vergleich zum

Vorjahr entspricht. Damit stellten Diebstahle im Jahr 2024 ein Viertel aller in Bayern registrierten Straftaten dar. Die meisten dieser Delikte waren einfache Diebstahle, also solche ohne erschwerende Umstände wie Gewaltanwendung oder die Beteiligung von Komplizen. Beim Wohnungseinbruchdiebstahl hat sich der erhebliche Rückgang während der Corona-Jahre teilweise wieder umgekehrt. Hier registrierte die Bayerische Polizei 3.605 Fälle, was im Vergleich zum Vorjahr einem moderaten Anstieg von 4,9 Prozent entspricht. Dabei blieb knapp die Hälfte der Taten im Versuch stecken.

Die Zahl der im Internet begangenen Straftaten sank um 2.445 Fälle, was einem Rückgang von 5,2 Prozent auf insgesamt 44.917 Delikte entspricht. Die Polizei konnte fast 60 Prozent dieser Straftaten aufklären, was einen Anstieg um 7,9 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der Schaden belief sich auf 48,9 Millionen Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2021 lag dieser noch bei 28 Millionen Euro. „Wir müssen weiterhin von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgehen. Viele Straftaten im Cyberraum werden nach wie vor nicht angezeigt“, erklärte Herrmann.

Der bayerische Innenminister bekräftigte den Kurs, die Bayerische Polizei fortlaufend zu verstärken: „Wir setzen auf eine hochmoderne Ausstattung, innovative Technik und insbesondere kontinuierlich auf mehr Personal. Von 2008 bis 2023 haben wir die Bayerische Polizei mit insgesamt 8.000 zusätzlichen Stellen verstärkt. Das ist deutschlandweit einmalig. Mit mehr als 45.500 Stellen für alle Beschäftigten haben wir einen neuen Höchststand im Stellenbestand der Bayerischen Polizei erreicht. Und wir werden ihn auch im Haushalt 2025 weiter kräftig ausbauen.“

Informationen: www.innenministerium.bayern.de und Auswertungen: www.polizei.bayern.de/kriminalitaet/statistik.



Bild: BBV / Petra Schramböhrner

50 Jahre Erwachsenenbildungsförderungsgesetz:

Festakt im Landtag

Mit einem Festakt im Bayerischen Landtag wurde das 50-jährige Bestehen des Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (BayEbFöG) gefeiert. Vertreter aus Politik, Bildung und Gesellschaft würdigten die Errungenschaften des Gesetzes und diskutierten über die Zukunft der Erwachsenenbildung.

Seit dem 1. September 1974 prägt das BayEbFöG die Erwachsenenbildung in Bayern. 2023 summierte sich die Bildungszeit öffentlich geförderter Veranstaltungen auf 278,5 Jahre, insgesamt nahmen seit 1974 über 240 Millionen Menschen teil. Ein Meilenstein war die Novellierung des Gesetzes 2018, die eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel brachte und die Zukunftsfähigkeit der Erwachsenenbildung stärkte.

Dr. Ute Eiling-Hütig, Sprecherin der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Erwachsenenbildung, betonte: „Das BayEbFöG ist die Grundlage der staatlichen Förderung. Mit der Novellierung 2018 haben wir die jährliche Fördersumme um 20 Millionen Euro nahezu verdoppelt und das Gesetz weiter modernisiert. Doch das Grundprin-

zip bleibt: Erwachsenenbildung soll Selbstverantwortung und Selbstbestimmung fördern.“

Tobias Reiß, Erster Vizepräsident des Landtags, unterstrich: „Man lernt nie aus. Wer im Marathon des Lebens mithalten will, muss sich stetig weiterentwickeln.“ Erwachsenenbildung gehe weit über berufliche Qualifizierung hinaus und schaffe neue Chancen für alle Menschen, unabhängig von Alter oder Lebenssituation. Er lobte die Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB) für ihr Engagement.

Dr. Andrea Niedzela-Schmutte vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus hob hervor, dass die Erwachsenenbildung besonders während der Corona-Pandemie ihre Flexibilität und Innovationskraft bewiesen habe.

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement vor Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen, besonders im Ehrenamt und in der Kommunalpolitik.

Folge 5: „Wir rechnen zu viel in Euro, wir sollten vielmehr in Glückseligkeit rechnen“ – Landrat Stefan Rößle im Gespräch



In dieser Podcastfolge erzählt Landrat Stefan Rößle von seinem außergewöhnlichen Werdegang – vom Polizeidienst zum engagierten Kommunalpolitiker, der in turbulenten Zeiten seinen Landkreis Donau-Ries schuldenfrei gemacht hat. Er berichtet von persönlichen Herausforderungen, den bewegenden Momenten in seinem Amt und seiner Vision für eine bessere Zukunft. Besonders beeindruckend:

sein Herzensprojekt „1000 Schulen für unsere Welt“, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Bildung und Perspektiven in Entwicklungsländern zu ermöglichen. Erfahren Sie, wie durch ehrliches Engagement und den Willen, Gutes zu tun, Hoffnung geschenkt wird.

Alle Folgen unter: www.gemeindezeitung.de/podcast
Sie wollen mehr Kindern den Schulbesuch ermöglichen? Dann unterstützen Sie Stefan Rößle mit einer Spende an den Verein 1000 Schulen für unsere Welt e.V., Konto: Raiffeisen-Volksbank Donauwörth eG, IBAN: DE12 7229 0100 0007 1000 19.

GZ

LESERBRIEFE AN DIE GZ

GZ

Liebes Team der Gemeindezeitung, zu Ihrem Artikel „Ruf nach Trendwende“ (GZ 5/2025, Seite 1, Anm. d. Red.) möchte ich Ihnen noch einen Aspekt zurufen, der mir ebenfalls Sorge bereitet. Sie zitieren Herrn Lewe u.a.:

„Wenn sich nichts ändert, wird die Finanznot der Städte weiter wachsen“, unterstrich Lewe. Dabei gehe es auch um die Zukunft der Demokratie. Vor Ort in den Städten erleben die Menschen den Staat konkret. Wenn sie ihn dort nur noch als Mangelverwalter und nicht mehr als Gestalter und Problemlöser wahrnehmen, leide das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.“

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir in den vergangenen Jahren – auf allen Ebenen – leider zu einer Entwicklung beigetragen haben, die wir nun eindämmen müssen. Unsere Gesellschaft verändert sich immer stärker zu einer Art „Selbstbedienungs- und Forderungsgesellschaft“. Es ist offensichtlich, dass alles vom Staat, gleich welcher Ebene, gefordert wird, und das bitte zum Nulltarif!

Warum ist das so? Vielleicht haben wir es verlernt, zur rechten Zeit deutlich „Nein“ zu sagen. Die Erwartungen, die an alle staatlichen Ebenen herangetragen werden, sind immens! Dabei ist doch allen Ebenen eigentlich klar, dass das auf Dauer nicht gut gehen kann. Und das ist eigentlich seit Jahren mit besorgniserregender Zunahme zu beobachten. Wir haben uns diese Forderungsmoralität unserer Gesellschaft selbst herangezogen. Wir werden sehr viel Mühe aufwenden müssen, diese Mentalität wieder in ein verträgliches Miteinander zu verändern. Es wird uns Jahre kosten. Oder es wird uns im schlimmsten Fall nicht mehr gelingen, das Ruder herumzuerufen.

Sollten wir weiterhin zu allen Forderungen „Ja und Amen“ sagen, wird am Ende nicht nur das Vertrauen in die staatlichen Institutionen leiden, sondern die Glaubwürdigkeit der „Ja-Sager“ ins Mark erschüttert. Die Folgen sehen wir bereits längere Zeit in den Wahlergebnissen.

Und machen wir uns endlich frei von dem Gedanken, dass wir es allen und jedem Recht machen können. Wer das vertritt, handelt unlauter. Und so lässt sich auch keine Politik, insbesondere auf kommunaler Ebene, betreiben. Priorisierungen sind vorzunehmen, und sie sind auch deutlich zu vertreten.

Wir brauchen Personen, die unabhängig vom Denken in Wahlperioden mit Rückgrat Entscheidungen treffen und dies deutlich aussprechen. Ein deutliches „Nein“ zur rechten Zeit ist das Gebot der Stunde.

Stefan Thiele

Mit diesem Artikel (Pinos Welt: Maß, Mitte und Vernunft in der Politik, S. 13, Anm. der Red.) vom 13. März 2025 habt ihr ins „Schwarze getroffen“. So was von natürlich und menschlich geschrieben, das ist Spitze. Endlich wird mal rausgestellt, dass es einen Unterschied zwischen Mensch und Tier gibt und geben muss.

Ich selbst bin in der Landwirtschaft aufgewachsen und wir haben unsere Tiere natürlich gehalten und jedes Tier respektiert, geschlachtet und gegessen. Heute noch haben wir Hühner und Laufenten, die auch geschlachtet und verspeist werden.

Außerdem ist eine Hühnersuppe ein natürliches Antibiotika, dazu hatte ich in einer Brustkrebszeitung schon einen Artikel. Als einst die Biotonnen bei uns Einzugs hielten, brachte ich als Kreisrätin im Umweltausschuss den Vorschlag von der belgischen Regierung: „Jedem Grundstücksbesitzer 3 Hühner zu geben, denn Hühner brauchen nur einen Quadratmeter und sind dazu noch Allesfresser wie der Mensch“. Und außerdem ist ein weichgekochtes Ei, wie es Hildegard von Bingen vorschlägt, eine Hirnnahrung. Es ist schlimm genug, wenn ich das auf dem Land beobachte, wer alles eine Biotonne benutzt, da tut mir das Herz weh.

Noch zu Vegetarier und Veganer: Es bräuhete nur so gekocht werden wie es einst unsere Mütter und Großmütter machten, da gabs meist nur 2x in der Woche Wurst und Fleisch und das dazu noch vorgeben in kleinen Portionen.

Beste Grüße und macht so weiter.

Sieglinde Schärtl

Ein Rückblick, moderiert von Margit Fuchs (AGEB) und Dr. Christian Hörmann (Bayerischer Volkshochschulverband), zeigte die dynamische Entwicklung der Erwachsenenbildung in Bayern. Das BayEbFöG ermögliche Vielfalt und Pluralität der Träger und verankere Erwachsenenbildung als eigenständigen Bildungsbereich.

Zum Abschluss diskutierten Vertreter der Interfraktionellen Arbeitsgruppe über die Zukunft der Erwachsenenbildung. Der parteiübergreifende Konsens zeigt den hohen Stellenwert des Gesetzes.

Organisiert wurde der Festakt von der Interfraktionellen Arbeitsgruppe und der AGEB. □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Meyer
Gemeinde Burgthann
am 3.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Udo Siegel
Gemeinde Großheirath
am 30.3.

Bürgermeister Martin Göbel
Gemeinde Karsbach
am 7.4.

Bürgermeister Harald Feulner
Gemeinde Gesees
am 9.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Schlögel
Gemeinde Ehingen
am 29.3.

Bürgermeister Karl Malz
Gemeinde Tapfheim
am 29.3.

Bürgermeisterin
Gudrun Donaubauber
Stadt Hauzenberg
am 9.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Jürgen Hoffmann
Stadt Hohenberg a. d. Eger
am 2.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Steiner
Stadt Rödental
am 3.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dirk Friesen
Gemeinde Schönbrunn
i. Steigerwald
am 5.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Josef Heigenhauser
Gemeinde Schweitenkirchen
am 31.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Bartl
Gemeinde Neuching
am 27.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Kommunales Benefiz-Schafkopfrennen:

Spielen und spenden für den guten Zweck

„A Herz hat a jeder“ hieß es erneut beim 2. Kommunalen Benefiz-Schafkopfrennen am vergangenen Samstag im Schlossgut Odelzhausen, das die Bayerische Gemeindezeitung auf Initiative des Dachauer Landrats Stefan Löwl mit veranstaltete. Schirmherren waren Landräte-Präsident Thomas Karmasin, der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und Gastgeber Löwl. Sieger wurde Florian Wengert.

Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische Gemeindezeitung. Die kompletten Einnahmen in Höhe von 2.400 Euro gehen 1 : 1 in Hilfsprojekte. Den Löwenanteil erhält das heilpädagogische Kinderheim „Die Wiege“ – www.die-wiege.info. Der Rest fließt in gemeinnützige Projekte, die die ersten drei Gewinner benennen.

Unser Bild links zeigt v.l.: Theresa von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung, Landrat Stefan Löwl, Land-

kreis Dachau, beste Dame Edeltraud Schmid, BayernLB, 2. Platz: Landrat a. D. Josef Hauner, Freising 1. Platz: Florian Wengert, M-net, 3. Platz: Konrad Brandmair, Bürgermeister Odelzhausen a.D. und Constanze von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung.

Bild rechts: Mit von der Partie, v.l.: GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, Landrat Stefan Löwl, Landkreis Dachau und Landrätepräsident Thomas Karmasin, Landkreis Fürstfeldbruck.

Bilder: LRA Dachau

„Wir haben eine Vollbremsung hingelegt“

Oberbürgermeister Alexander Putz über die finanzielle Krise der Stadt Landshut

Die Stadt Landshut steht ebenso wie viele andere Kommunen vor einer finanziellen Zäsur. Oberbürgermeister Alexander Putz spricht im Interview offen über die dramatische Lage der kommunalen Finanzen, die Auswirkungen auf Bürger und Projekte und die strukturellen Probleme, die weit über die Stadtgrenzen hinausgehen. „Ich habe schlaflose Nächte“, sagt er. Ein Gespräch über Rücklagen, Krankenhausdefizite und die Hoffnung auf Hilfe von Bund und Land. Das Gespräch führte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

GZ: Herr Oberbürgermeister, wie akut ist die finanzielle Lage in Landshut?

Alexander Putz: Die Situation ist eskaliert. Seit Jahren warnen wir, dass es so nicht weitergeht – und es wird schlimmer. Letzte Woche haben wir den Haushalt 2025 verabschiedet, genehmigungsfähig nur durch eine beispiellose Vollbremsung. Alle Projekte, die noch nicht laufen, sind gestrichen. Mein Motto in der Haushaltsrede war: ‚Rien ne va plus‘ – nichts geht mehr.

GZ: Heißt das, nur noch Pflichtaufgaben?

Putz: Das ist zu einfach gedacht. Pflicht- und freiwillige Aufgaben sind oft nur Etiketten;

viele freiwillige Leistungen sind vertraglich bindend. Aber faktisch: Alle Investitionen, die vergangenes Jahr noch für die kommenden drei Jahre geplant waren und die wir nicht begonnen haben, sind weg. Das betrifft dringende Projekte – die Generalsanierung und Erweiterung einer Grundschule, die Generalsanierung des Stadttheaters, das seit zehn Jahren in einem Zelt untergebracht ist, neue Kindergärten, Straßensanierungen, neue Feuerwachen. Wir können das jetzt nicht mehr stemmen.

GZ: Was bedeutet das für die Bürger?

Putz: Es ist bitter. Ich bin heute Abend bei der Freiwilligen Feu-

erwehr, letzte Woche war ich bei den Theaterfreunden und den Museumsfreunden. Die Landshuter Zeitung titelte schon: ‚Auf Entschuldigungstour‘. Wir waren auf einem guten Weg, aber äußere Faktoren bremsen uns aus. Andere Kommunen hatten schon Haushaltssperren; wir konnten das mit Rücklagen abfedern. Doch 2025 lösen wir fast alles auf – und von 80 Millionen Euro Investitionen dieses Jahr stürzen wir auf 10 bis 11 Millionen in den Folgejahren.

GZ: Woher kommt dieser Einbruch?

Putz: Landshut wächst seit 2010 prozentual am stärksten in Deutschland – das löst Investitionsbedarf aus: drei neue Schulen, zusätzliche Kindergärten, das Eisstadion musste dringend saniert werden, Kulturförderung. Doch wir haben hohe Schulden, stagnierende Steuereinnahmen und explodierende Kosten, bedingt z.B. durch Tarifabschlüsse und steigende Baupreise. Der größte Brocken: die Unterfinanzierung der Krankenhäuser.

GZ: Wie belastet das Klinikum die Stadt?

Putz: Es ist ein Skandal, dass Kommunen einen Rettungsschirm für die Krankenhausversorgung bilden müssen. Von 2017 bis 2028, also bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums, werden wir insgesamt mindestens 136 Millionen Euro aufwenden müssen – der Großteil dieser Summe ist bereits geflossen. Die-



Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: Stadt Landshut

Liebe Leserinnen und Leser,

die bayerischen Bezirke stehen vor zunehmenden finanziellen Herausforderungen. Während die Sozialausgaben unaufhaltsam wachsen, bleibt eine angemessene Gegenfinanzierung durch den Bund aus. Besonders in Oberfranken spitzt sich die Lage zu: Die Bezirksumlage musste in den letzten zwei Jahren deutlich angehoben werden, um die steigenden Kosten zu decken – eine Entwicklung, die Kommunen und Landkreise gleichermaßen belastet.

Wachsende Sozialausgaben ohne ausreichende Unterstützung

Fast der gesamte Haushalt der Bezirke – in Oberfranken sind es rund 94 Prozent – fließt in soziale Leistungen. Besonders bei den Hilfen zur

Bayerische Bezirke:

Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung

Pflege und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sind die Kosten in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. Gesetzliche Änderungen auf Bundesebene haben den Leistungsumfang ausgeweitet, während die finanzielle Verantwortung weiterhin bei den Bezirken liegt. Hinzu kommen steigende Personalkosten und höhere Vergütungssätze in Pflegeeinrichtungen, die die Kosten zusätzlich in die Höhe treiben.

Eine weitere Herausforderung ist die zunehmende Verlagerung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene – ohne eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Ein Beispiel dafür sind die Kosten für junge unbegleitete Flüchtlinge, die mit Erreichen der Volljährigkeit aus der Jugendhilfe in die Sozialhilfe übergehen. Hier bleiben die Bezirke auf einem Großteil der Ausgaben sitzen.

Diese Entwicklung ist aus Sicht der Kommunen nicht länger tragbar. Die Bezirke benötigen eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch den

ses Geld fehlt an allen Ecken und Enden, zum Beispiel für Schulen oder Straßen. Früher betrug der Zuschussbedarf des Klinikums

auf zwei Dinge: Steigende Steuereinnahmen durch eine stärkere Wirtschaft und einen rückwirkenden Rettungsschirm für Kliniken. Die 100 Milliarden für Länder und Kommunen? Wir brauchen unseren Teil davon, aber das allein reicht nicht aus.

GZ: Was muss sich grundlegend ändern?

Putz: Wir fordern eine Aufgabenkritik: Was müssen Kommunen wirklich stemmen? Dazu weniger Förderbürokratie, mehr Vertrauen in uns vor Ort, eine bessere Finanzausstattung. Digitalisierung sollte das Land zentral regeln, statt jedes Rathaus mit dieser Aufgabe allein

Bund. Wir fordern daher:

- Eine stärkere Bundesbeteiligung an der Eingliederungshilfe: Die Ausgaben in diesem Bereich wachsen unaufhaltsam, während die finanzielle Beteiligung des Bundes stagniert. Hier braucht es eine gerechtere Verteilung der Lasten.
- Eine Reform der Pflegeversicherung: Das derzeitige System führt dazu, dass die Sozialhilfeträger immer stärker belastet werden. Eine strukturelle Anpassung muss dafür sorgen, dass die steigenden Kosten nicht mehr allein auf

ihren Schultern lasten.

• Die Überprüfung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes: Die geltenden Regelungen entbinden Kinder pflegebedürftiger Eltern bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro von der finanziellen Verantwortung – ohne im Gegenzug einen finanziellen Ausgleich für die Mehrbelastung der Bezirke geschaffen zu haben.

• Abbau unnötiger Bürokratie: Die Anforderungen an Dokumentation und Berichtspflichten sind in vielen Bereichen unverhältnismäßig hoch. Verwaltungsvereinfachungen würden nicht nur Zeit und Geld sparen, sondern auch die Sozialverwaltung effizienter gestalten.

• Finanzierung der Schulbegleitung: Inklusion ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, doch die Finanzierungslast darf nicht allein bei den Bezirken liegen. Ein stärkerer Fokus auf gemeinschaftliche Lösungen, wie das Pooling-Verfahren, wäre hier ein sinnvoller Ansatz.

Jetzt ist die Zeit zum Handeln

Die Bezirke stehen für eine verlässliche und nachhaltige Sozialpolitik. Unser Grundsatz gilt: Niemand soll zurückgelassen werden! Doch ohne eine faire finanzielle Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird es zunehmend schwieriger, die sozialen Aufgaben zu erfüllen. Die neue Bundesregierung muss jetzt die Weichen für eine gerechte Finanzierung stellen, damit auch in Zukunft eine bedarfsgerechte Unterstützung der Menschen gewährleistet ist.

Ihr Henry Schramm

Bezirksvorsitzender Ofr. der KPV Bayern
Bezirkstagspräsident Oberfranken

Europäische Verteidigung stärken:

EU-Kommission veröffentlicht erstes Weißbuch

Die Europäische Kommission hat ihr erstes Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung vorgestellt. Es definiert zentrale Ziele und Pläne der europäischen Rüstungspolitik, die bislang den Mitgliedstaaten überlassen war. Angesichts geopolitischer Unsicherheiten setzt die Kommission nun auf eine stärkere europäische Koordination, um Synergieeffekte zu nutzen und die EU besser auf Krisen vorzubereiten.

Prof. Dr. Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe, betont: „Die aktuelle Weltlage erfordert eine grundlegende und ganzheitliche Weiterentwicklung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Weißbuch ist eine wichtige Grundlage. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, dass wir unsere Verteidigungsfähigkeiten unverzüglich ausbauen müssen, insbesondere da die Verlässlichkeit der USA als Partner fraglich ist. Eine engere Zusammenarbeit bei Rüstungsprojekten, der Schließung von Fähigkeitslücken und der Beschaffung von Verteidigungssystemen stärkt Europas Sicherheit nachhaltig.“

Der von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagene European Military Sales Mechanism soll den gemeinsamen Einkauf von Verteidigungsgütern strategischer gestalten. Dies verbessert die Abwehr hybrider Bedrohungen, Cyberangriffe und militärischer Aggressionen. Bayern mit seinen innovativen Unternehmen kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten.

Europa muss für seine Sicherheit selbst Verantwortung übernehmen. Das Weißbuch setzt hierfür richtige Impulse, doch nun sind die Mitgliedstaaten gefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Nur eine starke europäische Verteidigungsunion sichert langfristig Frieden und Stabilität. □

„Heimatdialog.Bayern“ in Regensburg:

Erfolgreicher Bürgerdialog für ein starkes Bayern

Bayerns Bürgerinnen und Bürger bringen sich aktiv ein. „Unsere Heimat liegt den Menschen am Herzen. Sie engagieren sich für eine starke Gemeinschaft“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker beim letzten Bürgerdialog in Regensburg.

Die vier Bürgerdialoge in Memmingen, Bamberg, Landshut und Regensburg ermöglichen einen intensiven Austausch über wichtige Zukunftsthemen: gesellschaftlicher Zusammenhalt, Generationenverhältnis und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Auch die Kommunikation zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung spielte eine zentrale Rolle.

Online-Dialog bis 14. April

„Über 350 Menschen nahmen vor Ort teil, rund 1.800 beteiligten sich an der Online-Befragung. Mehr als 1.000 Vorschläge wurden bereits eingebracht“, so Finanzstaatssekretär Martin Schöffel. Diese Ideen fließen nun in die Heimatpolitik ein.

Bürgerinnen und Bürger können sich weiter beteiligen: Der Online-Dialog läuft noch bis zum 14. April 2025. Alle Interessierten sind eingeladen, ihre Ideen und Perspektiven unter <https://mitmachen.heimatdialog.bayern> einzubringen.

Bayerns Zukunft gemeinsam gestalten

„Unsere Bürgerdialoge schaffen den Rahmen, um mit den Menschen über Chancen und Herausforderungen zu sprechen“, so Füracker. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hatte den Dialog im August 2024 gestartet. Die gesammelten Beiträge werden ausgewertet und in die Heimatpolitik Bayerns integriert. □

Extremismusbekämpfung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

leidigung, üble Nachrede/Verleumdung, Bedrohung/Nötigung oder Diskriminierung erlebt.

Dabei haben 22 Prozent den Vorfall ignoriert, 19 Prozent Unterstützung bei Parteifreunden/Kollegen gesucht, 18 Prozent Unterstützung bei Familie und Freunden gesucht, 15 Prozent den Dialog mit dem/der Tatverdächtigen gesucht, 10 Prozent den Vorfall zur Anzeige gebracht, 7 Prozent anderweitig gemeldet, 7 Prozent die Vorfälle erfasst, gesammelt und an Polizei bzw. Justiz weitergegeben und nur 2 Prozent Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht.

Die Betroffenen fühlten sich Bitschnau zufolge in Bezug auf den zuletzt erlebten Vorfall eher persönlich betroffen/verletzt sowie eher weniger von Sicherheitsbehörden/Justiz geschützt. 84 Prozent berichten von psychischen und/oder physischen Folgen. In 79 Prozent der Fälle waren die Tatverdächtigen des letzten Vorfalles den Betroffenen bekannt. 52 Prozent der Tatverdächtigen sind wiederholt aufgefallen. In 78 Prozent der Fälle handelte es sich um männliche Tatverdächtige, meist zwischen 40 und 59 Jahre alt und in der jeweiligen Kommune ansässig.

Insgesamt halten 75 Prozent der Befragten die Umsetzung weiterer Maßnahmen zum Schutz von kommunalpolitischen Amts- und Mandatspersonen für erforderlich.

Bayern ist Vorreiter beim Bürokratieabbau

Themenwechsel. „Der Freistaat Bayern ist Vorreiter beim Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau“, unterstrich Staatskanzleichef Florian Herrmann bei seinem Impulsvortrag zum Thema „Bürokratieabbau und Deregulierung in den Kommunen“. Übermäßige Regulierungen und Verwaltungsaufwand schränken den Handlungsspielraum von Unternehmen und Kommunen erheblich ein. Es sei dringend erforderlich, bestehende Programme zu optimieren, anstatt neue Förderinstrumente zu schaffen, die nur zusätzliche Bürokratie verursachen.

Herrmann stellte klar, dass die Entbürokratisierung Chefsache in der Bayerischen Staatskanzlei und den Ministerien sei und man gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag sowie den kommunalen Verbänden weiter und verstärkt daran arbeiten werde. Mit den Bayerischen Modernisierungsgesetzen und dem konsequenten Abbau von Verwaltungsvorschriften, Rechtsverordnungen und Gesetzen habe die Bayerische Staatsregierung bereits gezeigt, „dass sie Entbürokratisierung kann“. So wurde etwa die Anzahl der Verwaltungsvorschriften bis Ende 2024 um 15 Prozent reduziert und ein Moratorium für neue Verwaltungsvorschriften erlassen.

„Der Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau ist zu einem wesentlichen Faktor für die Sicherung der bayerischen Kommunal Finanzen geworden“, erklärte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle. Dass auf diesem Gebiet noch mehr möglich ist, daran ließen sowohl Herrmann als auch die KPV-Mitglieder keinen Zweifel. Die Entbürokratisierung sei eine zentrale Daueraufgabe für alle politischen Ebenen und es gebe immer noch zahlreiche bürokratische Hürden, die ein Hemmschuh für die Effektivität der kommunalen Verwaltungen seien.

Die bayerischen Entbürokratisierungsiniciativen müssten zur Folge haben, dass die bayerischen Kommunen in Zukunft handlungsfähiger und effektiver werden, um sich mehr auf ihre zentralen Kernaufgaben vor Ort konzentrie-

ren zu können, hieß es. Die Entbürokratisierung dürfe nicht nur beim Bürger ankommen, sondern müsse auch die Landratsämter und Rathäuser entlasten.

Mit Blick auf die kommunale Finanzlage wurde darauf hingewiesen, dass steigende Zinsumlagen und Bezirksumlagen die Haushalte der Kommunen stark belasteten. Vor allem die steigenden Sozialausgaben stellten eine Herausforderung dar, weshalb es dringend erforderlich sei, Einsparungen vorzunehmen. Kritisch wurde das Bundesteilhabegesetz gesehen, das hohe Kosten verursache und die kommunalen Budgets erheblich beanspruche.

Was die Infrastruktur und deren Finanzierung angeht, brachte Bürgermeister Josef Bauer (Parsberg) eine allgemei-

(Fortsetzung von Seite 1)

den“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck. Die kommunale Ebene stehe vor existenziellen Herausforderungen, die kurzfristig nur durch frisches Geld beantwortet werden könnten. Das betreffe um einen die notwendigen kommunalen Investitionen beispielsweise in die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten. Die auch für die Kommunen vorgesehenen 100 Mrd. Euro seien hierfür von entscheidender Bedeutung. Zusätzlich müssten notwendige Strukturformen in der Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie der Abbau von Aufgaben und Standards dringend angegangen werden. Der Grundsatz „Wer anschafft, der zahlt“ müsse wieder mit Leben gefüllt werden, so Karmasin.

Dringender Reformbedarf

Städtetagspräsident Markus Pannermaier warnte davor, in der aktuellen Debatte über Investitionsprogramme den Reformbedarf aus dem Blick zu verlieren: „Die Bereitstellung von Sondervermögen darf nicht dazu führen, dass dringend notwendige Reformen vernachlässigt oder gar aufgegeben werden. Deregulierung und Bürokratieabbau müssen konsequent fortgeführt werden. Es braucht eine grundlegende Aufgabenkritik. Wir müssen über Standards sprechen und die Prozesse deutlich einfacher gestalten.“

„Die Finanzsituation der Kommunen ist dramatisch. Wir sind an der Grenze unserer Belastbarkeit. Gleichzeitig sind vielerorts Investitionen notwendiger denn je, um zukunftsfähige Strukturen zu schaffen oder zu erhalten. Das Sondervermögen gibt uns Kommunen diese dringend benötigte Handlungsfähigkeit“, stellte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, fest. Er erhofft sich von dem Sondervermögen zudem, dass die Investitionen die Wirtschaft ankurbeln und so mittel- und langfristig die Steuerentlastungen steigen. Das Sondervermögen sei daher wichtig, jedoch nur die eine Hälfte einer langfristigen Lösung. Zusätzlich brauche es strukturelle Reformen, sprich „eine umfassende Aufgabenkritik und Überprüfung der bestehenden Standards. Wir wollen einen Sozialstaat, auf den sich die Menschen verlassen können. Die nächste Bundesregierung muss dafür mit mutigen Reformen die Weichen stellen.“

In einem offenen Brief hat der Bayerische Gemeindetag die Verhandlungspartner der kommenden Regierungskoalition dazu aufgerufen, zügig zu Kompromissen zu finden. „Kommen

ne Maut ins Gespräch, um zusätzliche Einnahmen für den Straßenbau zu generieren. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar seien.

In der Debatte um die kommunale Krankenhausfinanzierung wurde die Aussetzung der Krankenhausumlage für zehn Jahre als notwendige Maßnahme zur finanziellen Entlastung der Landkreise begrüßt. Die anhaltenden Defizite vieler kommunaler Kliniken machten eine grundlegende Reform des Krankenhauswesens unumgänglich.

Patient Krankenhaus

Bürgermeister Stefan Schelle (Oberhaching) verwies auf die Bedeutung der kommunalen

Kommunen entlasten ...

Sie zu pragmatischen Lösungen für die Herausforderungen in unseren Kommunen. Beenden Sie ideologische Grabenkämpfe und handeln Sie nach den Maßstäben einer Verantwortungsethik für die Menschen in unserem Land“, fordern Präsident Dr. Uwe Brandl und Geschäftsführendes Präsidialmitglied Hans-Peter Mayer. Die Kommunen schaffen vor Ort Vertrauen, wenn die Bundespolitik in der Lage sei, Lösungen für die wichtigen Fragen und Herausforderungen zu finden – pragmatisch, kompromissbereit und aus der demokratischen Mitte heraus.

Vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung

Die Verhandlungspartner werden dazu aufgerufen, „aufzugreifen, was aus kommunaler Sicht geboten ist“:

1. Die kommunalen Finanzen müssen gestärkt und stabilisiert werden. Aufgabenübertragungen und Standardanpassungen ohne eine vollständige Gegenfinanzierung dürfen nicht mehr vorkommen. Die Gewerbesteuer als unverzichtbare Finanzierungsquelle für unsere Kommunen darf nicht in Frage gestellt werden. Das Gesamtsystem der Kommunalfinanzierung muss zukunftsfähig und robust aufgestellt und garantiert werden. Förderprogramme, die sich an die Städte, Märkte und Gemeinden richten, sind zu vereinfachen, zu pauschalieren und Berichtspflichten sind auf das Notwendige zurückzuführen. Im gesamtstaatlichen Interesse ist ein kommunales Investitionsprogramm aufzulegen. Damit wieder eine spürbare Investitionskraft für die Kommunen gegeben ist, müssen über die Pflichtausgaben hinaus auch ausreichende Finanzmittel (freie Spanne) zur Verfügung stehen.

2. Es ist an der Zeit, ein Moratorium für weitere Rechtsansprüche im Sozial-, Bildungs- und Kinderbetreuungsbereich zu schaffen. Bestehende Rechtsansprüche und Leistungsgesetze sind dauerhaft gegenzufinanzieren und einem Realitätscheck zu unterziehen. Staatliche Leistungsversprechen müssen auf den Prüfstand und dort revidiert werden, wo sie nicht gewährleistet werden können. Ohne Denkverbote! Die Leistung des Einzelnen muss sich wieder lohnen. Bürgergeld und Unterstützungsleistungen für Asylsuchende oder Kriegsflüchtlinge sind an europäische Standards anzugleichen. Ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr würde die Resilienz und den Gemeinsinn unserer Gesellschaft stärken.

3. Die Aufnahme- und Integrationskraft unserer Kommunen ist erschöpft. Die Zuzugszahlen im Asylbereich sind deutlich und

len Selbstverwaltung und forderte wieder mehr Gestaltungsspielraum für Städte und Gemeinden. Gleichzeitig wurde über die hohen Kosten des Wohnungsbaus diskutiert. Vorgeschlagen wurden eine Reduzierung der Bauvorschriften und Normen sowie eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Wohnungsbauprojekte.

Besonders kritisch betrachten die Kommunalpolitiker der CSU die jährliche Prüfpflicht für Elektrogeräte in öffentlichen Gebäuden. Diese verursache einen erheblichen Verwaltungsaufwand und hohe Kosten für Kommunen, ohne nachweislich zur Erhöhung der Sicherheit beizutragen. Daher wurde die Forderung nach einer Abschaffung oder Lockerung dieser Vorschrift laut.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik. Der kürzlich abgehaltene Frauenkon-

nachhaltig zu begrenzen. Wir brauchen eine von Bund und Land verantwortete und durchfinanzierte Integrationsoffensive. Der Wunsch nach Ordnung und Begrenzung in der Migrationspolitik sowie nach Sicherheit ist ernst zu nehmen. Es bedarf einer zeitnahen Reform des europäischen Asylrechts, aber mehr noch eines offenen Dialogs mit der kommunalen Ebene.

4. Glasfaser- und eine leistungsstarke Mobilfunkversorgung sind insbesondere für den ländlichen Raum von elementarer Bedeutung und flächendeckend auszubauen. Effizienzpotenziale der Digitalisierung müssen konsequent genutzt werden. Wir brauchen klare digitale Vorgaben und einheitliche Lösungen sowie eine vollständige Finanzierung durch Bund und Länder. Verwaltungsprozesse sind durchgängig digital zu ermöglichen. Die Chancen von Cloud-Technologie und Künstlicher Intelligenz sind zu nutzen. Die Resilienz unserer Behörden sowie unserer kritischen Infrastruktur gegen Cyberattacken ist zu verbessern. Der Datenschutz darf nicht zum Hemmschuh notwendiger Entwicklungen werden.

5. Wir brauchen ein gemeinwohlorientiertes Bodenrecht sowie Strategien und Instrumente für Baulandmobilisierung. Der Rechtsrahmen ist so zu setzen, dass kommunale Zugriffsmöglichkeiten am Grundstücksmarkt verbessert werden. Planungsverfahren für die Schaffung von Wohnraum müssen vereinfacht werden. Konzeptvergaben und Einheimischenmodelle müssen handhabbar werden, denn Deutschland hat die niedrigste Wohneigentumsquote in der Europäischen Union. Die Planungs-, Gestaltungs- und Baubebauungskosten sind in den vergangenen Jahren explodiert. Wir benötigen daher Lösungen zu Standards und Kosten am Bau. Wo Fachrecht der Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Wege steht, gehört es auf den Prüfstand. Das Vergaberecht ist zu vereinfachen und praxisgerecht auszugestalten. Vergabefremde Kriterien sind auszuschließen, kommunale Handlungsspielräume zu stärken.

Der Brief endet mit dem unmissverständlichen Appell: „Haben Sie Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung. Dort, wo die Politik die Menschen vor Ort in die Lage versetzt, über ihre Geschicke und ihre Zukunft zu entscheiden und diese zu gestalten, dort gedeiht unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Die Kommunen – die Basis unserer Demokratie – sind bereit ihren Beitrag zu leisten und Verantwortung zu übernehmen. Wir stehen für Gespräche und praktische Lösungsvorschläge immer zur Verfügung.“ **DK**

gress wurde als wichtiger Impuls gewertet, um mehr Frauen für eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2026 zu gewinnen. Eine weitere Veranstaltung zur gezielten Unterstützung von Kandidatinnen ist für Januar 2026 geplant.

Mit Blick auf das mittlerweile geschnürte milliardenschwere Finanzpaket von Union und SPD verabschiedete die KPV abschließend folgende Kernforderungen: **1.** Das Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen, was voraussichtlich rund 15 Mrd. Euro für den Freistaat Bayern bedeutet, soll schnell und zielgerichtet bei den bayerischen Kommunen ankommen. Neue bürokratische Förderprogramme sollen hier für möglichst vermieden werden. Vielmehr sollen die Fördersätze bei bestehenden Programmen insbesondere im Bereich Hochbau, Tiefbau und ÖPNV deutlich erhöht werden.

2. Es wird eine Aussetzung der Krankenhausumlage (kommunaler Anteil für Krankenhausinvestitionen) für zehn Jahre ge-

fordert. Mit einer alleinigen Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch den Freistaat Bayern können die kommunalen Krankenträger, die in aller Regel jährlich hohe Defizite ausgleichen müssen, spürbar entlastet werden. Zudem können damit dringend notwendige Modernisierungen und Umstrukturierungen auf dem Weg gebracht werden.

3. Die Neuverschuldung des Bundes muss im Sinne der Generationengerechtigkeit in einem überschaubaren Zeitraum auch wieder abgebaut werden. Hierzu schlagen wir einen Entschuldungsplan vor, der unbedingt eingehalten werden muss. Mit den Investitionen einhergehen müssen dringend notwendige Sparmaßnahmen. Der Aufgaben-, Standard- und Bürokratieabbau muss auf Bundes- und Landesebene konsequent weiterbetrieben werden, um die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer bayerischen Kommunen auch für die Zukunft zu sichern. Dabei müssen die Chancen der Digitalisierung noch stärker genutzt werden. **DK**

BKG warnt vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und für notwendige Anpassungen auf Bundesebene sorgen. Der Reformprozess dürfe nicht länger von Unsicherheit geprägt sein – die Kliniken benötigten klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Aktuell schätzen 57 Prozent der Krankenhäuser die wirtschaftliche Lage in den kommenden zwei bis drei Jahren als schlechter ein, nur etwa zwölf Prozent erwarten eine Verbesserung.

Trotz der bestehenden Ungewissheiten machen die bayerischen Kliniken bereits konkrete Schritte in Richtung Zukunft. Mehr als drei Viertel der Kliniken prüfen laut Umfrage aktuell eine Anpassung ihrer Medizinstrategie, und 70 Prozent intensivieren ihre Kooperationen mit anderen Krankenhäusern, um die Versorgung effizienter zu gestalten. Zudem denkt ein Drittel der Kliniken über bauliche Veränderungen nach. Die Notwendigkeit zur Anpassung betrifft auch die Mitarbeiter: Mehr als 37 Prozent der Kliniken erwarten, dass durch die Reform auch größere räumliche Anpassungen im Personalbereich erforderlich sein werden.

Kliniken brauchen Planungssicherheit

Ein weiteres drängendes Thema sind die bürokratischen Regelungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVVG). Besonders problematisch sei der Umstand, dass Kliniken Leistungsgruppen beantragen müssten, obwohl noch wichtige Rahmenbedingungen wie Mindestvorhaltezahlen oder das Portfolio für sektorenübergreifende Versorgungsreinrichtungen fehlten, machte Engehausen deutlich. Aus seiner Sicht benötigen die Kliniken mehr Planungssicherheit, um ihre Anpassungsprozesse zielgerichtet und effizient zu gestalten.

In Richtung Berlin plädiert die Bayerische Krankenhausgesellschaft für eine umfassende, aber vor allem praktisch umsetzbare Krankenhausreform. Die derzeitige Reform sei nach Meinung vieler Krankenhausverantwortlicher noch mit „handwerklichen Fehlern“ behaftet, die dringend korrigiert werden müssen, um eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu sichern. Besonders in ländlichen Regionen Bayerns, wo die Versorgungsgänge bereits spürbar sind, sei eine gezielte Reform von höchster Bedeutung.

Doch ist nicht nur der Bund gefordert. Auch die Bayerische Staatsregierung müsse die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen

Mehr Effizienz durch KI

Chancen sehen die bayerischen Krankenhäuser vor allem im Einsatz von Künstlicher Intelligenz und der Weiterentwicklung der Digitalisierung: Sie böten Potenziale, um die stationäre Versorgung effizienter und zukunftsfähig zu gestalten. „Die Chancen durch KI-Einsatz im Krankenhaus stehen jetzt ganz oben auf der Innovationsagenda“, erklärte Engehausen. Die elektronische Patientenakte, Telemedizin und die Weiterentwicklung interprofessioneller Teams seien weitere Innovationsfelder, die das Potenzial haben, die Qualität und Effizienz der Versorgung weiter zu steigern.

„Die großen Defizite, von denen die BKG berichtet, haben in erster Linie mit den Betriebskosten zu tun. Damit tritt das ein, wovon wir seit Langem warnen: Ein kalter Strukturwandel könnte die Krankenhauslandschaft massiv umgestalten, bevor die Reform überhaupt Wirkung entfalten kann“, kommentierte Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach gegenüber der Deutschen Presse-Agentur die Ergebnisse des Krankenhaustrends 2025. Die Länder bräuchten deshalb die Möglichkeit, Ausnahmen von den starren Leistungsgruppen-Voraussetzungen zuzulassen, um auf den Einzelfall reagieren zu können. **DK**

Bayern treibt digitalen Netzausbau weiter voran

vbw und Staatsregierung fordern mehr Tempo und Unterstützung vom Bund

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Bayern kommt gut voran – doch es braucht noch mehr Tempo. Das betonten der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Bertram Brossardt, und Bayerns Finanzminister Albert Füracker bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zur digitalen Versorgung im Freistaat. Eine aktuelle Studie zeigt: Bayern liegt beim Ausbau über dem Bundesdurchschnitt. Dennoch bleiben Herausforderungen, insbesondere im ländlichen Raum und beim Mobilfunk.

Ausbaufortschritte und Herausforderungen

„Die Förderprogramme wirken“, so Brossardt. Der Breit-

bandausbau mache deutliche Fortschritte, insbesondere in ländlichen Regionen. Schon jetzt verfügen 29 Prozent der bayerischen Unternehmen über ei-

ne Bandbreite von mehr als 500 Megabit pro Sekunde. Doch angesichts wachsender Anforderungen durch Cloud-Dienste und Künstliche Intelligenz reiche das nicht aus: „Wir müssen das Ausbautempo weiter steigern.“

In der Unternehmensbefragung zeigten sich 68 Prozent der Firmen mit dem Festnetz zufrieden – beim mobilen Internet hingegen sind es nur 50 Prozent. „Gerade bei Mobilfunk gibt es noch zu viele weiße und graue

Flecken“, betonte Brossardt. Besonders im Kontext mobiler Arbeitsformen und 5G-Anwendungen stelle das ein echtes Hemmnis dar.

Zentrale vbw-Forderungen

Der vbw nennt drei zentrale Maßnahmen, um die Digitalisierung in Bayern weiter voranzubringen:

1. Mehr Tempo durch gesetzliche Rahmenbedingungen: Der Bund müsse endlich ein Beschleunigungsgesetz verabschieden, um langwierige Verfahren zu verkürzen.
2. Sachgerechte Förderung: Die Gigabit-Förderung müsse ausgebaut und an die geografischen Besonderheiten Bayerns angepasst werden. Der Freistaat erhalte bislang nur rund 5,5 Prozent der Bundesmittel – zu wenig angesichts der Fläche.
3. Mehr gesellschaftliche Wertschätzung für den Netzausbau: Ein leistungsfähiges Netz sei nicht nur technologische Grundlage, sondern auch Wirtschaftsfaktor und Jobmotor.

Bayern als „Nothelfer“

Finanzminister Albert Füracker erinnerte daran, dass der Freistaat formal nicht für den Netzausbau zuständig sei – dieser liege beim Bund und den Telekommunikationsunternehmen. Dennoch habe Bayern in den letzten zwölf Jahren massiv in die Infrastruktur investiert. „Vor zwölf Jahren hatten nur zehn Prozent der Anwesen in Bayern eine Internetverbindung mit über 10 Megabit“, so Füracker. Inzwischen seien es bei 93 Prozent der Anwesen mindestens 100 Mbit, bei 70 Prozent sogar Gigabit. Bis zum Ab-



V.l.: Katja Schlendorf-Elsäßer, Geschäftsführerin ibw, Bertram Brossardt, vbw-Hauptgeschäftsführer, und Finanzminister Albert Füracker.

schluss laufender Ausbauprojekte werde dieser Wert auf 81 Prozent steigen.

„Wir sind der Nothelfer, weil es sonst nicht schnell genug geht“, sagte Füracker. Insgesamt habe der Freistaat knapp drei Milliarden Euro investiert. 230.000 Adressen seien durch Fördermittel erschlossen worden. Über 200 Kommunen erhielten das bayerische Gigabitsiegel.

Kritik an der Bundespolitik

Kritik übte Füracker an der Bundesregierung: Die Bundesförderung sei nicht ausreichend und zuletzt sogar gekürzt worden. „Die neue Bundesregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Länder und Kommunen dürfen beim Netzausbau nicht weiter belastet werden.“

Gleichzeitig erinnerte der Finanzminister daran, dass Telekommunikation ein privater

Markt sei. Es gebe keinen Anschlusszwang wie bei Strom oder Wasser – und das führe dazu, dass selbst in erschlossenen Gebieten oft nur geringe Buchungsquoten erzielt würden. „Manchmal buchen nur sechs Prozent der Unternehmen die Glasfaseranschlüsse, obwohl sie verfügbar sind.“

Digitalisierung bleibt Zukunftsaufgabe

Brossardt und Füracker waren sich einig: Der digitale Ausbau ist zentral für Bayerns Wettbewerbsfähigkeit. Der Freistaat will Technologie bereitstellen – doch auch die Nutzerinnen und Nutzer seien gefragt. Das Angebot müsste auch dann gebucht werden „Digitalisierung ist kein Selbstzweck“, so Brossardt. „Sie ist die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und moderne Lebensverhältnisse – in Stadt und Land.“

Text und Bild: MH

Der Freistaat tritt bundesweiter Plattform bei

Staatsminister Dr. Mehring: „Deutschlands Verwaltung braucht bundesweit gleiche Standards“

Der Freistaat Bayern tritt der bundesweiten Plattform zum Prozessmanagement in der Verwaltung bei. Hierzu hat Staatsminister Dr. Fabian Mehring in München die „Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Zusammenarbeit bei der Nutzung und Weiterentwicklung einer gemeinsamen Prozessmanagement-Plattform (VV Kooperatives Prozessmanagement)“ unterzeichnet. Im Zuge dessen betonte Digitalminister Dr. Fabian Mehring die Bedeutung moderner Verwaltungsprozesse für ein leistungsfähiges und bürgernahes Bayern. Insbesondere ist dem Minister daran gelegen, die digitalen Standards der Verwaltung zu harmonisieren und in ganz Deutschland zu vereinheitlichen.

„Eine moderne, digitale Verwaltung ist längst zum wesentlichen Standortfaktor unserer Zeit geworden. Gerade im Föderalismus braucht es dafür einheitliche Standards auf allen Ebenen – vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Mit Bayerns Beitritt zur Prozessmanagement-Plattform setze ich deshalb ein bewusstes Zeichen für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Bund und seinen Ländern im Bereich der Digitalisierung. Dies verbinde ich mit der Hoffnung darauf, in der neuen Bundesregierung einen verlässlichen Partner für die digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu finden“, so Mehring.

Föderale Zusammenarbeit für eine effiziente Verwaltung

Dem „Verbund Kooperatives Prozessmanagement“, gegründet vom Bund sowie den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, tritt Bayern als erstes weiteres Bundesland bei und nutzt damit die Gelegenheit, die föderale Zusammenarbeit von Anbeginn mitzugestalten. Ziel der Kooperation ist es, eine einheitliche, standardisierte Plattform für das Prozessmanagement kontinuierlich

weiterzuentwickeln und zu nutzen.

Die zentrale Prozessmanagement-Plattform ermöglicht es, Arbeitsabläufe systematisch zu dokumentieren, zu analysieren und zu optimieren, bevor sie digitalisiert werden. Ziel ist eine langfristig tragfähige und effiziente Verwaltung, die durch harmonisierte Prozesse, transparente Strukturen und innovative Technologien einen Mehrwert für die Verwaltung und gleichzeitig auch alle Bürgerinnen und Bürger schafft. „Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie muss das Leben der Menschen verbessern und die Chancen der Wirtschaft vergrößern. Effiziente Verwaltungsprozesse bedeuten weniger Bürokratie und Kosten, höhere Geschwindigkeit und mehr Bürgerfreundlichkeit. All dies ist trotz des grassierenden Fachkräftemangels möglich, wenn man auf Digitalisierung und die Zukunftstechnologien setzt“, so Dr. Mehring.

Durch den Beitritt zur Bundes-Plattform teilt sich Bayern mit den anderen Beteiligten die Kosten für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Plattform, welche sich aus Sicht von Staatsminister Mehring schnell amortisieren werden: „Bayerns Beitritt zum Deutschland-Verbund ist sowohl aus wirtschaft-

licher als auch technologischer Sicht eine Investition in die Zukunft, die sich ökonomisch vielfach auszahlen wird“, betonte der Staatsminister.

Zusätzlich ermöglicht die Nutzung der Plattform laut Mehring die Entwicklung standardisierter Prozessmodelle, die langfristig auch länder- und ressortübergreifend als Blaupause für eine Vielzahl von Verwaltungsdienstleistungen dienen können. „So muss nicht jeder das Rad neu erfinden. Stattdessen kann Bayern von guten Lösungen anderer Länder profitieren und bayerische Entwicklungen können zum bundesweiten Exportschlagwer-

den“, betonte Mehring.

AKDB

Rundum digital

smart · vernetzt
Kommune
digital · servicestark

Verwaltungs-Frontend

Verwaltungs-Backend

Digitalisierungs-/Fördermittelberatung

Smart City-/Community-/GIS-Lösungen

Nutzerkonto und Digitale Identitäten

ePayment/ePayBL

Bürgerservice-Portal

OZG-/Efa-Dienste/BayernPackages

IT- und Cloud-Services/Datenschutz/IT-Sicherheit

eAkte/DMS

Hybrid Working

Datenlogistik mit OK.KOMM

Fachverfahren

Digitalisierungs-/Fördermittelberatung

Jetzt auch noch Bot-Betrug bei KVR-Terminen:

CSU/FW-Fraktion fordert Aufklärung

Wieder Wirbel um das Münchner Kreisverwaltungsreferat: Termine bei der Behörde wurden offenbar von Betrügern blockiert und weiterverkauft. Entsprechende Presseberichte werfen aus Sicht der CSU/FW-Fraktion Fragen hinsichtlich des Umgangs der Behörde mit diesen Machenschaften auf, so dass heute eine offizielle Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt wird.

Den Berichten zufolge werden die Behörden-Termine von sogenannten Bots reserviert und dann in Chatgruppen verkauft. Die CSU/FW-Fraktion möchte wissen, seit wann die KVR-Spitze davon weiß, was bereits unternommen wurde und warum KVR und städtisches IT-Referat bislang nicht in der Lage war, diese ominösen Vorgänge wirkungsvoll zu stoppen. Es soll außerdem berichtet werden, wie die Situation bei anderen städtischen Behörden mit Online-Terminvergaben aussieht.

Manuel Pretzl, Fraktionsvorsitzender: „Die Negativ-Schlagzeilen aus dem KVR häufen sich extrem: Gefälschte Unterschriften auf Führerscheinen, Korruption im Asylbereich, Fälschungen bei Erste-Hilfe-Kurs-Nachweisen für Führerscheine und jetzt noch illegaler Handel mit freien Terminen. Die Online-Terminvergabe soll es leichter machen, einen Termin zu bekommen – nicht teurer. So etwas schadet dem Ruf der Stadt München. Inzwischen drängt sich für uns die Frage auf: Warum kriegt die Referentin ihren Laden nicht in den Griff?“

Sicheres IT-Outsourcing

AKDB-Mitarbeitende wie Christian sorgen dafür, dass Ihre IT-Infrastruktur sicher und auf dem neuesten Stand im BSI-zertifizierten Rechenzentrum läuft. Das entlastet Ihre Kommune und macht Ihre Systeme fit für die Zukunft. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt

Breitband- und Energienetze gemeinsam ausbauen

Langmatz Symposium 2025 stellt Herausforderungen des gleichzeitigen Netzausbaus in den Fokus und setzt mit 500 Teilnehmern seine Erfolgsgeschichte fort

Über Jahre hat sich das Langmatz Symposium und Openhouse zu einem der wichtigsten Branchentreffs entwickelt. Der beliebte Kongress steht für zwei Tage voller Inspiration, persönlichen Austausch und Einblicke in die neuesten Trends – und das vor atemberaubender Bergkulisse. So folgten auch in diesem Jahr wieder über 500 Fachbesucher aus der internationalen Telekommunikations- und Energiebranche der Einladung nach Garmisch-Partenkirchen.

Thematisch hatte Langmatz auch in diesem Jahr sein Konzept den aktuellen Entwicklungen angepasst und eine spannende Frage in den Mittelpunkt gestellt: Könnten Digitalisierung und Energiewende in Deutschland schneller und effizienter vorankommen, wenn Daten- und Stromnetze gemeinsam ausgebaut würden?

„Die digitale Transformation, Nachhaltigkeit und der Ausbau erneuerbarer Energien zählen zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Wenn wir in Deutschland in diesen zentralen Bereichen erfolgreich sein wollen, wird immer deutlicher, dass der Breitband- und der Energieausbau enger miteinander verzahnt werden müssen“, betont Dieter Klammer, Marketing-Leiter bei Langmatz. „Deshalb haben wir das gesamte Programm des diesjährigen Events, von der Auswahl der Keynotes und Fachvorträge bis hin zu den Ausstellern und Workshops, sorgfältig auf diesen Fokus abgestimmt“, so Klammer weiter. Ein thematischer Ansatz, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf reges Interesse stieß und für viel Diskussionsstoff sorgte.

Breit gefächertes Vortragsprogramm

Der ausgewogene Themenmix aus Energie, Digitalisierung und Glasfaserausbau zog sich wie ein roter Faden durch das mittlerweile 13. Langmatz Symposium und Openhouse. Prof. Timo Leukefeld – von der Presse als „Energieheld“ und von der Bundesregierung als „Energiebotschafter“ bezeichnet – eröffnete das Vortragsprogramm mit seiner Keynote zum Thema „Wohnen der Zukunft“. Anschließend sprach Catrin von Cisewski, Smart City-Expertin bei der Deutschen Telekom, mit ihrem Vortrag „Wie die Zukunft unserer Städte gelingt“ weitere Akzente. Am Nachmittag boten rund ein Dutzend praxisnahe Fachvorträge den Teilnehmern vertiefende Einblicke in die aktuellen Entwicklungen im Bereich Digitalisierung und Netz-

ausbau. Im Anschluss daran folgte eine lebhafte Podiumsdiskussion, in der die Herausforderungen und Chancen der gleichzeitigen Verlegung von Glasfaser- und Energienetzen diskutiert wurden.

Wohnen der Zukunft: Energieautarke Gebäude

Mit seiner Keynote unter dem provokanten Titel „Intelligent verschwendung – neue Wege im Umgang mit Energie“ gelang Prof. Timo Leukefeld gleich zu Beginn des Symposiums ein bemerkenswerter Auftakt. In seinem interessanten Vortrag präsentierte er sich auf die Planung hochgradig energieautarker Mehrfamilienhäuser, Gewerbeobjekte und Quartierslösungen. „Wir machen die Gebäude nie zu 100 Prozent autark, weil das wegen des abnehmenden Grenznutzens unwirtschaftlich ist“, sagte Leukefeld. Das Optimum liege zwischen 50 bis 70 Prozent – „echt energieautark, inklusive Heizung, Warmwasser, Haushaltsstrom und E-Mobilität.“

Sein Ansatz folgt dem Prinzip „radikaler Vereinfachung“: Statt Kaltmiete plus drei zusätzliche Ausgaben der Mieter für Wärme, Strom und Benzin, setzt er auf Pauschalmietern mit Energieflatrate. „Das kommt bei den Mietern gut an“, so Leukefeld. Im Energiebereich sieht er die treibende Entwicklung in der Photovoltaik. In zehn bis zwölf Jahren, so zitierte er eine Prognose des Zukunftsinstituts, werde die Stromerzeugung durch ein Solardach nur noch ein bis zwei Cent/kWh kosten. „Das wird das Geschäftsmodell der Energieversorgung komplett auf den Kopf stellen. In Zukunft werden wir dezentral Energie zu Grenzkosten nahe Null produzieren – aber nur der, der ein Dach hat.“ Leukefelds Vision für das Haus der Zukunft: ein netzdienliches, smartes Gebäude

mit Solardach, angeschlossen an das Glasfasernetz, nur Kabel statt Rohre, CO₂-neutral, mit einer über Akku ansteuerbaren Infrarotheizung – und komplett wartungsfrei. „Wir kämpfen nicht gegen fossile Energien, sie kommen schlicht in unseren Modellen nicht mehr vor.“

Stadt der Zukunft: Leben in der Smart City

Auch die zweite Keynote widmete sich einem spannenden Zukunftsthema. Catrin von Cisewski, Smart City-Expertin der Deutschen Telekom, skizzierte in ihrem Vortrag „Wie die Zukunft unserer Städte gelingt“, wie eine lebenswerte Stadt der Zukunft aussieht und was eine Smart City ausmacht. Ihre Aufgabe sei es, so von Cisewski, Städte und Kommunen dabei zu beraten, sich fit für die Zukunft zu machen. „Das ist notwendig, denn wir stehen vor großen Herausforderungen: zu viel Energieverbrauch, massenhaft Staus, oft schlecht angebundene ÖPNV. Wenn Sie auf dem Land kein Auto haben, sind sie ziemlich eingeschränkt, die Lebensqualität sinkt.“ Ihre Ausgangsthese: Damit wir alle ein gutes Leben führen können, brauchen wir neue, frische Ideen, wie wir die vorhandene Infrastruktur besser nutzen können.

Gemäß dem Lebensqualitätsindex der Zeitschrift „The Economist“ zählen die Bereiche Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Kultur und Sicherheit zu den Merkmalen von Lebensqualität. Demnach sei Wien die lebenswerteste Großstadt der Welt, aber in den meisten Städten seien die Lebensbedingungen beklagenswert. „Aber es gibt Hoffnung“, betonte von Cisewski, „Smart Cities sind eine Möglichkeit auf lebenswerte, urbane Räume.“ Eine Smart City sei eine Stadt, die intelligente Technologien und Daten nutzt, um die Lebensqualität zu verbessern. Als erfolgreiche Beispiele nannte sie Paris, Singapur und Barcelona. Der Erfolg eines Smart City-Konzepts hänge nicht nur von Sensoren, Konnektivität und Daten, dem Einsatz von 5G und Glasfaser ab, sondern auch von der Berücksichtigung der Bürgerwünsche. „Es helfen keine smarte Lösungen, wenn die Akzeptanz der Bürger fehlt“, so von Cisewskis Resümee.

Im Mittelpunkt des Vortrags

von Dr. Imke Germann, Vorstandsvorsitzende der MRK Media AG, stand die Frage, wie der flächendeckende Glasfaserausbau in Deutschland beschleunigt werden kann, ohne die Ausgaben durch aufwändige Tiefbauarbeiten weiter in die Höhe zu treiben. Um die Herausforderungen durch die hohe Anzahl ungenutzter Anschlüsse, den komplexen Übergang von „Homes passed“ zu „Homes activated“ sowie die kostenintensive Erschließung der letzten Meile zu meistern, präsentierte Germann eine völlig neue Lösung: Die Kombination von mm-Wave-Technologie mit bestehenden Glasfasertrassen. Bei diesem Verfahren ermöglichen drahtlose Hochfrequenzverbindungen die kostengünstige Versorgung von Wohnungen und Häusern mit gigabitfähigen Netzen über Mobilfunkmasten oder Straßenlaternen, wie Germann an verschiedenen Anwendungsbeispielen demonstrierte.

Christian Derksen, Leiter der Fachgruppe Energieinformatik an der Universität Duisburg-Essen, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit den komplexen Problemen, die sich im Zuge der Digitalisierung des Energiesektors ergeben und präsentierte Lösungsansätze aus seiner Forschung. Am Beispiel des aktuellen Smart-Meter-Rollouts beschrieb er, wie sich zwar Energieversorger, Stadtwerke und Netzbetreiber digitalisieren, den Endkunden aber nur proprietäre Energiemanagementansätze und -systeme zur Verfügung stehen. Sein Plädoyer: „Wir brauchen herstellerunabhängige, nachhaltige Systeme. Wir glauben, dass die Standardisierung von Energiesystemmodellen die Gesamtkosten für die Digitalisierung unserer Energieinfrastrukturen deutlich reduzieren könnte“, so Derksen abschließend.

Synergien und Herausforderungen beim Netzausbau

Im Anschluss an die Fachvorträge fand eine lebhafte Podiumsdiskussion statt, in der der Matthias Enghuber (Leiter Regionalbüro Bayern aconium GmbH), Richard Kaufmann (Fachgebietsleiter Digitale Infrastruktur BDEW), Christoph Lütke (Geschäftsführer vitronet Gruppe), Jan Simons (Leiter Landes- und Kommunalpolitik BREKO) und Jens Schilling (CTO Northern Fiber Holding) über mögliche Synergien zwischen dem Glasfaser- bzw. Breitbandmarkt sowie dem Energiesektor diskutierten. Wie aus den Beiträgen der Branchenexperten deutlich wurde, gibt es bereits erfolgreiche Projekte, in denen Energie- und Glasfasernetze zusammen ausgebaut wurden. Die Potenziale einer gemeinsamen Verlegung werden jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft, so die einhellige Meinung.

Dies liegt unter anderem daran, dass das Thema für viele Kommunen noch neu ist. Ein weiterer wesentlicher Grund sind die bislang fehlenden Abstimmungsprozesse zwischen den ausbauenden Unternehmen. Herausforderungen auf der praktischen Ebene kommen hinzu, wie unterschiedliche Zeitpläne, verschiedene Verlegetiefen und offene Sicherheitsfragen – Prozesse, für die es noch keine Standards oder gesetzliche Regelungen gibt.

Fazit der Schlussrunde: Um die Synergien eines gemeinsamen Ausbaus zu heben, wird es künftig wichtig sein, dass Kommunen, ausbauende Unternehmen, Netzbetreiber und Fördermittelgeber aufeinander zugehen, in einen dauerhaften Dialog treten und sich untereinander abstimmen. □



Moderiert von Kerstin Stromberg-Mallmann diskutierten (v.l.) Matthias Enghuber (Leiter Regionalbüro Bayern aconium GmbH), Richard Kaufmann (Fachgebietsleiter Digitale Infrastruktur BDEW), Christoph Lütke (Geschäftsführer vitronet Gruppe), Jan Simons (Leiter Landes- und Kommunalpolitik BREKO) und Jens Schilling (CTO Northern Fiber Holding) über Synergien beim gemeinsamen Ausbau der Netze. Bild: LIGHTROOM STUDIOS

100. Kommune bietet Online-Dienst „eWaffe“ an

Neuer Meilenstein bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Das Landratsamt Kulmbach setzt ab sofort als 100. kommunale Waffenrechtsbehörde den Online-Dienst „eWaffe“ (Waffenrechtliche Erlaubnisse) live ein. Damit ist der Dienst bereits in zehn Bundesländern produktiv im Einsatz und steht dort Bürgerinnen und Bürgern digital rund um die Uhr zur Verfügung.

Der Online-Dienst eWaffe ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern eine bequeme, schnelle und sichere Beantragung waffenrechtlicher Erlaubnisse. eWaffe bietet insgesamt 21 Antragsstrecken und konnte sich als effizientes und benutzerfreundliches Tool etablieren. Seit dem Start dieses Projekts wurden bereits 12.569 Anträge erfolgreich über den Online-Dienst gestellt. 213 weitere Kommunen in insgesamt 13 Bundesländern befinden sich bereits im Rollout-Prozess. Und 83 Kommunen werden bald folgen: ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung und Vereinfachung behördlicher Abläufe.

Von der AKDB kopiert und entwickelt – BayKommun AÖR betreibt die Leitstelle

Im Bereich Waffenrecht hat der Freistaat Bayern die Federführung des Projekts „Waffenrechtliche Erlaubnisse“ übernommen, in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Saarland, dem Bundesinnenministerium sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Die Gesamtprojektleitung liegt beim Bayerischen Digitalministerium, das die AKDB mit der Umsetzung beauftragte. Diese war für die technische Konzeption und die Umsetzung verantwortlich und betreibt den Dienst im eigenen Rechenzentrum. Auch Support und Weiterentwicklung liegen bei der AKDB.

Das umsetzende Bundesland richtete eine Leitstelle ein, die den Betrieb und die Weiterentwicklung der OZG-Leistung eWaffe steuert. Diese ko-

ordiniert fachliche Anforderungen und Änderungen am Online-Dienst und ist für die organisatorische und rechtliche Nachnutzungsbegleitung bundesweit verantwortlich. Seit Januar 2024 übernimmt die BayKommun AÖR im Auftrag des Freistaates Bayern die Funktion der Leitstelle und steuert sowie koordiniert die Nutzung, Pflege, Wartung und Weiterentwicklung des Online-Dienstes Waffenrechtliche Erlaubnisse gemeinsam mit der AKDB. Durch die enge Zusammenarbeit mit der AKDB und den zuständigen Behörden stellt die BayKommun AÖR sicher, dass Kommunen den Dienst effizient einsetzen und ihren digitalen Bürgerservice weiter ausbauen können.

Das Besondere: Der moderne Online-Dienst ist auf Open-Source-Basis entwickelt und kann in wenigen Schritten in jede kommunale Website eingebunden werden. Entwicklung und Betrieb des Online-Dienstes entsprechen dem Waffengesetz und allen Sicherheitsanforderungen.

Ende-zu-Ende digitale Online-Anträge

Das OZG-Projekt wurde nach dem Efa-Prinzip („Einer für Alle“) umgesetzt. Dabei wurde ein besonderes Augenmerk auf Kooperation und transparente Kommunikation zwischen Akteuren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gelegt. Bei der technischen Entwicklung stand eine nutzerzentrierte und durchgehend digitale Umsetzung des Online-Dienstes im Vordergrund. □

Bayernweit – Gemeinsam für mehr Geschwindigkeit

breitbandausbau@m-net.de

m-net



V.l.: Geschäftsführer LNI René Meyer, Mesut Kurt, Christine Lause, Mustafa H. Cevik, Franz Herrler, Josef Bauer, Sebastian Prechtel, Landrätin Tanja Schweiger, Christian Graf, Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring, Walter Bauer, Bernhard Heinisch, Matthias Bauer, Hans Schmid, Andreas Schönberger, Andreas Gruber.

Bild: Dominic Eisenhart

LNI unterzeichnet Glasfaserausbau-Kodex mit Partnerunternehmen

Mit der erfolgreichen Zuschlagserteilung für Bau- und Materialleistungen ist der Startschuss für das größte interkommunale Glasfaserprojekt Bayerns gefallen. Die Laber-Naab Infrastruktur GmbH (LNI) treibt den Ausbau in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt mit Hochdruck voran. Im Rahmen einer Vertragsunterzeichnung im Februar in Parsberg verpflichten sich die beteiligten Unternehmen freiwillig auf die Einhaltung des LNI Glasfaserausbau-Kodex.

Die LNI hat Anfang Januar 2025 die Vergaben an drei erfahrene Unternehmen abgeschlossen, die allesamt auf einen umfassenden Erfahrungsschatz im Glasfaserausbau – auch im geförderten Umfeld – zurückblicken können:

- Cluster 1 (West): J. Rädlinger Bauunternehmen GmbH, Cham
- Cluster 2 (Nord): Aytac Bau GmbH, Darmstadt
- Cluster 3 (Süd): Walter Bauer GmbH & Co. KG, Runding

Mit Fördermitteln von Bund und Freistaat Bayern sowie einem kommunalen Eigenanteil wird eine digitale Infrastruktur geschaffen, die zukunftsfähig ist und die Wettbewerbsfähigkeit der Region nachhaltig stärkt. Finanzminister Albert Füracker

hat den Ausbau im Rahmen der bayerischen Kofinanzierung maßgeblich unterstützt.

Gemeinsam für Qualität und Nachhaltigkeit

Ein herausragendes Merkmal des Projekts ist der von der LNI entwickelte Glasfaserausbau-Kodex. Die beauftragten Unternehmen verpflichten sich mit ihrer freiwilligen Unterzeichnung, klare Standards in den Bereichen Bauqualität, Arbeitssicherheit, Kommunikation und Nachhaltigkeit einzuhalten. Dazu gehört unter anderem eine enge Abstimmung mit den Gemeinden sowie die Berücksichtigung lokaler Besonderheiten. Die setzt sich seit jeher für

faire Arbeitsbedingungen im Breitbandausbau ein – ein Thema, das auch bei der ersten Konferenz der Digitalminister der Bundesländer von großer Bedeutung war.

„Die erfolgreiche Zuschlagserteilung an erfahrene Partnerunternehmen und die Einführung der von der LNI entwickelten Verhaltensrichtlinien sind wesentliche Bausteine für den zukunftssicheren Netzausbau bei uns zu Hause in Bayern. Diese Weichenstellung setzt ein klares Signal für Qualität und Nachhaltigkeit im Glasfaserausbau. Zugleich wollen wir damit dem oft kritisierten Image der Branche durch transparente und professionelle Bauausführung positiv entgegenwirken“, betonte Josef Bauer, Aufsichtsratsvorsitzender der LNI.

Meilenstein Digitalisierung

Ein weiterer Meilenstein ist die Digitalisierung der Bauprozesse. Die LNI setzt auf eine digi-

tale Baudokumentation, die eine präzise geolokalisierte Erfassung der verlegten Infrastruktur ermöglicht. Mithilfe einer benutzerfreundlichen Partner-App werden Messdaten direkt vor Ort erfasst und anschließend KI-gestützt analysiert. So werden Netzkomponenten und relevante Kenndaten automatisch erkannt und dokumentiert – ein echter Mehrwert für Kommunen und Netzbetreiber.

Transparenz und Effizienz im Gigabit-Ausbau

„Die Verabschiedung unseres Glasfaserausbau-Kodex ist ein entscheidender Schritt, um Transparenz und Effizienz im Gigabit-Ausbau sicherzustellen. Dank modernster digitaler Technologien und dem Engagement unserer Partner können wir den größtmöglichen Nutzen für die Bevölkerung realisieren. Bereits in Kürze erwarten wir positive Kundenerlebnisse, wenn die ersten Inbetriebnahmen durch die Telekom erfolgen.“ – René Meyer, Geschäftsführer LNI

Laut der stellvertretenden LNI-Aufsichtsratsvorsitzenden, Landrätin Tanja Schweiger, arbeitet der Landkreis Regensburg seit 15 Jahren intensiv am Glasfaserausbau. Mit der kürzlich erfolgten Zuschlagserteilung an die Baufirmen Anfang Januar 2025 in Höhe von einer knappen halben Milliarde Euro steht nun der flächendeckenden Realisierung nichts mehr im Weg. Besonders erfreulich ist, dass sich die beauftragten Unternehmen freiwillig zum LNI Glasfaserausbau-Kodex bekennen. Dieses Bekenntnis, gemeinsam mit den Investitionen, ist ein Meilenstein für die digitale Zukunft unserer Haushalte und Unternehmen. □

BREKO zur geplanten Mobilfunk-Frequenzverlängerung:

Verpasste Chance für wirksamen Wettbewerb

Reform bei der Vergabe von Mobilfunkfrequenzen in Deutschland: Statt wie bisher die Frequenzen durch Auktionen zu versteigern, will die Bundesnetzagentur in diesem Jahr die Mobilfunkfrequenzen an die Anbieter vergeben – dies (vor allem im ländlichen Raum) im Gegenzug für den Ausbau von Mobilfunknetzen.

Dem Handelsblatt gegenüber erklärte Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, dass der Fokus nicht auf den Staatseinnahmen liege, sondern auf einer besseren Mobilfunkversorgung und mehr Wettbewerb. Vorgesehen ist unter anderem, ab 2030 99,5 Prozent der Fläche Deutschlands mit einer Mindestgeschwindigkeit von 50 MBit/s im Download zu versorgen. Zudem müssen ab 2029 auch 99 Prozent der Haushalte in dünn besiedelten Gebieten mindestens 100 MBit/s erhalten. Ab dem gleichen Jahr sollen ferner alle Landes- und Staatsstraßen mit 50 MBit/s versorgt werden, und ab 2030 soll dies auch für alle Kreisstraßen gelten.

Zum Ende des Jahres 2025 laufen die Frequenznutzungsrechte in den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2,6 GHz aus, die gegenwärtig vor allem für LTE genutzt werden. Die Netzbetreiber sollen für die Verlängerung der Nutzungsrechte wichtiger Mobilfunkfrequenzen jeweils rund 200 Millionen Euro bezahlen.

Jedoch ist eine Pflicht zur Öffnung der Mobilfunknetze für Weiterverkäufer, also eine Verpflichtung zur Diensteanbieteröffnung, nicht vorgesehen. Diese Entscheidung wird von ei-

nigen Branchenvertretern wie Sven Knapp, Hauptstadtbüro-Leiter des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) als problematisch angesehen. Aus seiner Sicht ist dies „ein Schlag ins Gesicht für den Wettbewerb, ohne Rücksicht auf die Interessen der Verbraucherinnen, Verbraucher und Geschäftskunden“.

Schutz vor unliebsamer Konkurrenz

Statt im Mobilfunk endlich wirksamen Wettbewerb zu schaffen, schütze die Bundesnetzagentur die „Mobilfunk-Platzhirsche Telekom, Vodafone und Telefónica“ weiter vor unliebsamer Konkurrenz. Anstelle praktisch nutzloser „Leitplanken“ für das untaugliche Verhandlungsgebot hätte die Behörde eine Diensteanbieterverpflichtung einführen müssen, machte Knapp deutlich. „Diese Chance, echten Wettbewerb sicherzustellen, hat die Bundesnetzagentur verstreichen lassen. Deshalb drohen nun wieder Jahre erfolgloser Verhandlungsversuche der Diensteanbieter, während die etablierten Mobilfunknetzbetreiber ihre dominante Position im Markt weitgehend ungestört ausbauen können.“ **DK**

Feucht und Wendelstein:

Zukunftssichere Weiterentwicklung der Breitbandnetze

Die Gemeindewerke der Nachbarkommunen Feucht und Wendelstein stellen ihre Glasfasernetze mit bisping & bisping zukunftsfähig auf. Eine neue, langfristig angelegte Kooperation mit dem regionalen IT-Kommunikationsunternehmen aus Lauf wird in partnerschaftlicher vertrauensvoller Zusammenarbeit die jeweiligen Erfahrungen und das vorhandene Synergiepotenzial bestmöglich nutzen. Ein Technologie-Upgrade wird die Kapazitäten der Netze verzehnfachen, deren Nachverdichtungen weiter voranbringen und durch einen Ringschluss die Ausfallsicherheit signifikant erhöhen.

Die jüngst geschlossenen Kooperationsverträge sehen vor, dass durch bisping & bisping zunächst die beiden Netz-Hauptverteiler in Feucht (Landkreis Nürnberger Land) und Wendelstein (Landkreis Roth) an deren Rechenzentrum in Nürnberg leistungsfähig angeschlos-

sen werden. Statt mit bisher 10 Gbit/s werden die Hauptverteiler dann mit 100 Gbit/s an den Backbone des Dienstleisters angebunden sein. Die Kapazität der beiden Netze verzehnfacht sich damit, gleichzeitig sind die Netze damit bestens auf zukünftige Anforderungen vorbereitet.

Über die bereits ausgebaute Glasfaserverbindung der beiden Hauptverteiler besteht bereits ein Ringschluss. Dadurch sind die Netze beider Gemeinden zukünftig an zwei unabhängige Core-Standorte des Backbone-Netztes von bisping & bisping mit direktem Routing an weitere deutsche und internationale Carrier angeschlossen und geben sich damit gegenseitig Redundanz für deutlich erhöhte Ausfallsicherheit.

bisping & bisping übernimmt den langfristigen Betrieb und die Managed Services der lokalen Breitbandnetze der beiden Gemeindewerke sowie aller technischer Komponenten. Die Kooperationspartner befinden sich bereits in Vorbereitung der Maßnahmen. Die baulichen Schritte des Technologie-Upgrades sollen zur Jahresmitte starten und bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Profitieren werden von dieser innovationswilligen Kooperation vor allem Kundinnen und Kunden der örtlichen Gemeindewerke, also die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in Wendelstein und Feucht. Für sie ermöglichen die Investitionen in die Breitbandnetze die zuverlässige Teilhabe an zeitgemäßen Lebens- und Arbeitswelten im eigenen Zuhause. Für die angebotenen Betriebe wird ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor gestärkt, mit dem sie sich zukunftsfähig und verlässlich vor Ort aufstellen können. □



Vordere Reihe (v.l.): Raimund Vollbrecht (Feuchter Gemeindewerke GmbH, Geschäftsführung), Johannes Bisping (bisping & bisping, Geschäftsführung), Matthias Dollinger (Gemeindewerke Wendelstein Breitband, Geschäftsführung). Hintere Reihe (v.l.): Markus Pitz (Feuchter Gemeindewerke, Technische Dienstleistungen), Susi Bisping (bisping & bisping, Kommunikation & Marktentwicklung), Martin Dorn (bisping & bisping, Leitung Infrastruktur).

Bild: bisping & bisping



LEONET
Stark in Glasfaser

IHRE GEMEINDE VERDIENST STABILES INTERNET.

LEONET Glasfaser für Arbeit, Schule und Freizeit – egal, wie viele gleichzeitig online sind.

Mehr Infos unter:
Tel: 0800 8045 990
Mo-Fr 8-20 Uhr
Sa 8-16 Uhr

LEONET.DE/KOMMUNEN

Digitalverband Bitkom:

Drehpunkt Smarte Stadt

Laut einer repräsentativen Befragung von bundesweit über tausend Internetnutzern ab 16 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom sind in den vergangenen zwölf Monaten 61 Prozent Opfer von Cyberkriminalität geworden, 36 Prozent seien verschont geblieben. Wie der Verband mitteilt, setzte sich damit ein leicht rückläufiger Trend fort. Vor einem Jahr hätten noch 67 Prozent angegeben, Opfer von Cyberkriminalität geworden zu sein, vor zwei Jahren seien es sogar 75 Prozent gewesen.

„Die Bedrohungslage im Internet verschärft sich, die rückläufigen Zahlen deuten darauf hin, dass die Menschen aufmerksamer sind und sich besser schützen“, stellt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst fest. „Aber weiterhin wird eine deutliche Mehrheit der Deutschen jedes Jahr Opfer von Cyber-Kriminellen. Wir müssen unsere Anstrengungen für Cybersicherheit erhöhen, im Privaten und in den Unternehmen. Außerdem müssen unsere Behörden so ausgestattet werden, dass sie Kriminalität im Netz mindestens so gut bekämpfen können wie in der analogen Welt.“

Rangliste der Delikte

Am häufigsten betroffen sind Internetnutzer von folgenden Delikten: 36 Prozent wurden beim Online-Kauf betrogen, bei 30 Prozent haben sich Angreifer per Kurznachricht, Mail oder Telefonanruf durch sogenanntes Phishing persönliche Informationen verschafft und bei 24 Prozent wurden Smartphones oder Computer mit Schadprogrammen wie Viren infiziert.

Halbleiterforschung:

Aiwanger übergibt Förderbescheide

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert die Halbleiterforschung mit über 13 Millionen Euro. Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat einen Förderbescheid an vier beteiligte Fraunhofer Institute übergeben. Konkret geht es um die Unterstützung im Rahmen von zwei so genannten Pilotlinien des EU-Chips-Acts. Aiwanger: „Unsere bayerische Kofinanzierung ermöglicht es, dass weitere rund 66 Millionen Euro EU- und Bundesmittel in die Fraunhofer-Mikroelektronik-Forschung in Bayern investiert werden können. Die ganze Welt ist auf Halbleiter angewiesen. Mit jedem Euro für die Chipforschung stärken wir deshalb die Position des Wirtschaftsstandortes Bayern. Ich sehe ein großes Potenzial, dass sich aus den Forschungsergebnissen der beiden Pilotlinien neue Geschäftsmodelle und wirtschaftliche Anwendungsmöglichkeiten ergeben.“

Der Fokus der hauptsächlich in Deutschland angesiedelten Pilotlinie APECS (Advanced Packaging for Electronic Components and Systems) liegt auf der Integration verschiedener Technologiekom-

Dahinter folgen mit deutlichem Abstand das Ausspionieren von Zugangsdaten für Onlinedienste (9 Prozent) sowie der Betrug von Verkäufern beim Online-Handel (6 Prozent). Bei 5 Prozent haben sich andere im Internet unter ihrem Namen ausgegeben, 5 Prozent wurden Konten- oder Kreditkartendaten im Internet gestohlen und missbraucht, 3 Prozent wurden online sexuell belästigt, 2 Prozent persönlich bedroht. Auch von neuen Angriffen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz wird berichtet, so wurden 3 Prozent mit einem Deepfake getäuscht, also einem KI-generierten Video oder Foto.

Am Ende der Rangliste rangieren die Infizierung des eigenen Computers oder Smartphones mit Ransomware sowie die unberechtigte Nutzung des eigenen Online-Bankings (je 2 Prozent). Ebenfalls 2 Prozent wurden Opfer einer neuen Betrugsmasche, bei der Offline- und Online-Welt miteinander verschimmen, dem sogenannten Quishing. Dabei werden QR-Codes verteilt, etwa auf vermeintlichen amtlichen Schrei-

ben oder Strafzetteln an Autos. Wer diese mit dem Smartphone einscann, wird auf eine betrügerische Online-Seite geleitet und dort zum Beispiel zur Zahlung von Gebühren oder zur Eingabe persönlicher Daten verleitet.

Schadenssummen

Im Durchschnitt ist den Opfern von Cyberkriminalität in den vergangenen zwölf Monaten ein Schaden von 219 Euro entstanden. 60 Prozent der Betroffenen geben an, dass ihnen persönlich ein Schaden entstanden ist, dieser beträgt im Schnitt 181 Euro. 4 Prozent erklären, dass ein Schaden von Dritten übernommen wurde, etwa einem Onlinehändler oder der Bank. Deren durchschnittlicher Schaden liegt bei 609 Euro. Bei einem Viertel (25 Prozent) ist kein finanzieller Schaden entstanden, 13 Prozent konnten oder wollten dazu keine Angaben machen.

Nur rund ein Viertel (26 Prozent) der von Cyberkriminalität Betroffenen haben Strafanzeige bei der Polizei erstattet. 8 Prozent haben sich an andere Behörden gewandt wie etwa das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und 3 Prozent suchten einen Rechtsanwalt auf.

Häufiger suchen Betroffene Hilfe im persönlichen Umfeld oder ändern persönliche Verhaltensweisen. Fast die Hälfte (46 Prozent) hat das Gespräch mit

München und das Fraunhofer-Institut für Angewandte und Integrierte Sicherheit AISEC in Garching. Hier liegt der Schwerpunkt in den Bereichen Chip-Design, Analyse und Testen und dockt auch inhaltlich an das Bayerische Chip Design Center (BCDC) an.

Die WBG-Pilotlinie zielt auf die Entwicklung von so genannten Wide-Bandgap (WBG)- und Ultra-Wide-Bandgap (UWBG)-Halbleitern. Solche Halbleiter bestehen aus neuartigen Kristallen wie zum Beispiel Aluminiumnitrid. Mit diesem Material ist die Regelung sehr hoher Leistungen möglich, zum Beispiel für den Einsatz in der Stromübertragung. Das Fraunhofer-Institut für Integrierte Systeme und Bauelemententechnologie IISB in Erlangen ist als einziges deutsches Institut auf Grund seiner herausragenden Expertise im Bereich Leistungshalbleiter an dieser Pilotlinie beteiligt. □

ten Jahren bauen. In diesem Jahr starten wir bereits in Augsburg, Hof, Nürnberg und anderen Städten. Im Mobilfunk haben wir zudem das Echtzeit-Netz 5G+ im gesamten Bundesland freigeschaltet, damit Daten von unseren Smartphones so schnell übermittelt werden, wie das menschliche Nervensystem reagieren kann“, so Michael Jungwirth, Mitglied der Geschäftsleitung der Vodafone GmbH.

Durch den engen Austausch zwischen dem Bayerischen Finanz- und Heimatministerium und der Vodafone GmbH soll der privatwirtschaftliche Ausbau des Kommunikationsnetzes als zentraler Infrastrukturmotor auch in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden. Auch alle Anschlussnutzer können einen wichtigen Beitrag für mehr Schub beim Ausbau von schnellem Internet in Bayern leisten: Nur eine hohe Nachfragequote setzt ein starkes Signal an die Telekommunikationsunternehmen und den Bund als originär zuständigen Fördergeber. □

Gigabit-Motor Bayern

„Bayern ist Deutschlands Gigabit-Motor. 2018 haben wir hier zum ersten Mal das Gigabit im Festnetz gestartet, heute kann es von rund 7 Millionen Bayern genutzt werden. Und hier im Bundesland beginnen wir das größte Gigabitnetz noch besser und größer zu machen. Mit noch mehr Glasfaseranschlüssen für hundertausende weitere Haushalte, die wir als Vodafone und gemeinsam mit der OXG in den nächs-

Freunden oder Familie gesucht, 39 Prozent haben Passwörter oder andere Sicherheitsinformationen geändert, 11 Prozent haben durch Social-Media-Posts oder Beiträge auf Online-Plattformen auf die kriminellen Vorgänge aufmerksam gemacht und 3 Prozent sind auf Forderungen der Kriminellen wie etwa Lösegeldzahlungen eingegangen. Zudem haben sich 42 Prozent an das Unternehmen gewandt, dessen Plattform für die kriminellen Aktivitäten genutzt wurde, und 12 Prozent haben ihren Account dort gelöscht oder gekündigt. Rund ein Fünftel (22 Prozent) hat aber überhaupt nicht reagiert.

Smart City Index 2024

Mit Blick auf den Bitkom Smart City Index 2024, dem Digital-Ranking der 82 deutschen Städte ab 100.000 Einwohnern, weist der Verband darauf hin, dass die deutschen Großstädte bei Bus und Bahn, Auto und Rad in den vergangenen Jahren „den Schalter umgelegt“ hätten und in der großen Mehrheit breit auf digitale Technologien setzten. So gab es im vergangenen Jahr in mehr als drei Viertel der Großstädte (78 Prozent) intelligente vernetzte Ampeln, 2020 lag der Anteil gerade einmal bei 42 Prozent. In jeder zweiten wurden digitale Verkehrsschilder eingesetzt, 2020 waren es erst 17 Prozent.

Auch der Einsatz sogenannter multimodaler Apps, die verschiedene Mobilitätsanbieter wie den ÖPNV, Taxis oder auch Car- und Bikesharing bündeln, hat sich seit 2020 mehr als verdoppelt – von 24 auf 57 Prozent. Zudem verfügen 72 Prozent der befragten Städte über Mobilstationen (2020: 43 Prozent), die als Verknüpfungspunkte zwischen ÖPNV, Sharing-Angeboten und Individualverkehr dienen.

Zunahme bei Sharing-Angeboten

Deutlich zugelegt haben ebenso Sharing-Angebote, die als Ergänzung zu klassischen ÖPNV-Angeboten und Individualverkehr fungieren. In 87 Prozent der Großstädte lassen sich E-Scooter leihen (2020: 58 Prozent), in 82 Prozent Fahrräder (2020 nicht erhoben, 2021: 63 Prozent), E-Motorroller in 40 Prozent (2020: 19 Prozent) und in fast allen Städten gibt es weiterhin Car-Sharing-Angebote (90 Prozent, 2020: 96 Prozent). Ridepooling- und Ridehailing-Dienste, die unterschiedliche Fahrgäste auf einem gemeinsamen Weg mitnehmen oder als Ergänzung zum klassischen Taxi dienen, haben seit der ersten Erhebung im Jahr 2021 mit jeweils 16 Prozent ebenfalls stark zugelegt, auf 45 Prozent (Ridehailing) bzw. 49 Prozent (Ride-Sharing). DK

Bayerisches Heimatministerium:

Geodaten im Visier

Bei der Schlüsselübergabe für den Neubau der „Geo-Datenbank Bayern“ in Waldsassen (Landkreis Tirschenreuth) hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die Bedeutung des Projekts für die Region hervor. Die neue Behörde, angesiedelt an der Außenstelle des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV), soll nicht nur den Arbeitsmarkt stärken, sondern auch junge Fachkräfte aus der Region, wie Absolventen des Studiengangs „Geoinformatik und Landmanagement“ der OTH Amberg-Weiden, ansprechen und so die beruflichen Perspektiven in der Region verbessern.

Der Neubau des modernen Verwaltungsgebäudes, das mit einer Investition von 17,8 Millionen Euro realisiert wurde, schafft 70 zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region und stärkt damit das wirtschaftliche Potenzial des Stiftlands.

Die „Geo-Datenbank Bayern“ kümmert sich unter anderem um die Aktualisierung des Digitalen Landschaftsmodells, die Modellierung von Geodaten und die Entwicklung von Anwendungen für geographische Informationssysteme. Die Behörde wird künftig auch die bayernweit 15 Gebietsteams der Geographische Informationssysteme organisieren. Zusammen mit der künftigen Außenstelle in Windischeschenbach bildet Waldsassen das Kompetenzzentrum der amtlichen Kartographie in Bayern.

Open-Data-Angebot

Als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnete Staatsminister Füracker den zweijährigen Aufbau eines Open-Data-Angebots durch die Bayerische Vermessungsverwaltung. Bereitgestellt werden kostenfreie geografische Informationen für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft. Seit Anfang 2023 umfasst das Angebot mehr als 30 digitale Produkte, darunter Luftbilder, Gelände- und Landschaftsmodelle, Webkarten, Topographische Karten, 3D-Gebäudemodelle und Freizeitwege. Besonders gefragt ist das Digitale Geländemodell, eine dreidimensionale Abbildung der Erdoberfläche, von dem bislang rund 40 Millionen Quadratmeter abgerufen wurden.

Die Geodaten bieten Füracker zufolge eine wertvolle Grundlage für vielfältige Anwendungen. Stadtplaner nutzen sie für Standortanalysen, Umweltschutzorganisationen beobachten damit Veränderungen in der Landschaft und Entwickler verbessern die Navigation in mobilen Apps. Die Nutzung dieser Daten ist beeindruckend: Monatlich werden mehr als drei Millionen Dateien heruntergeladen und rund 70 Millionen Aufrufe über digitale Anwendungen verzeichnet. Dies entspricht einer Fläche von über 140 Millionen Quadratkilometern – das Zweitausendfache der Fläche Bayerns. DK

Die Bereitstellung der Geodaten steht im Einklang mit der Europäischen Datenstrategie, die den Binnenmarkt für Daten schaffen soll. Alle Geodaten werden kontinuierlich qualitätsgesichert und aktualisiert, so dass sie in einheitlicher Form landesweit als Download oder Geodatendienst zugänglich sind. Insgesamt umfasst das Angebot rund 300 Terabyte an Daten, die benutzerfreundlich abgerufen werden können. Die hohe Nutzerzahl und die umfangreiche Datenabdeckung belegten den Erfolg dieses Open-Data-Projekts, so der Minister.

Als weiteren wichtigen Schritt bei der Digitalisierung der Verwaltung in Bayern bezeichnete Füracker die nun mögliche Übertragung wichtiger Dokumente zwischen den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, den Grundbuchämtern und Notaren. Das hierbei verwendete „Besondere elektronische Behördenpostfach (beBPO)“ zeichne sich nicht nur durch besondere IT-Sicherheit aus, der Übertragungsweg sei auch rechtssicher. So würden Kosten, tausende Seiten Papier pro Tag und wertvolle Zeit gespart.

Rechtssichere Übermittlung

Über das „beBPO“ werden sensible Dokumente wie Notarurkunden und offizielle Vermessungsdokumente künftig rein digital und dennoch rechtssicher übermittelt. Dies führt zu einer schnelleren Abwicklung des Grundstücksverkehrs und fördert die Bürgernähe: Der verstärkte Einsatz digitaler Lösungen macht den Service für Bürgerinnen und Bürger schneller, effizienter und benutzerfreundlicher. Das Verfahren ergänzt den seit vielen Jahren bestehenden vollautomatischen Datenaustausch zwischen Grundbuch und Liegenschaftskataster dort, wo aus rechtlichen Gründen noch Urkunden und amtliche Dokumente ausgetauscht werden müssen. Die Nutzung des Verfahrens wird bereits auf weitere Behörden und Kommunen ausgeweitet. Oberstes Ziel ist dabei, die digitale Vernetzung in der Verwaltung weiter voranzutreiben. DK

Starke Partner für Bayerns Digitale Zukunft

„Bayern treibt die Versorgung mit schnellem Internet voran. Insbesondere beim Glasfaserausbau engagiert sich der Freistaat Bayern seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv und hat bereits über 2,6 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert. Mehr als 104.000 Kilometer Glasfaser werden damit verlegt. Der enge Austausch mit Telekommunikationsunternehmen ist essenziell, um beste Rahmenbedingungen für den Netzausbau beizubehalten. Gemeinsam steigern wir damit unsere ohnehin schon hohe Gigabitquote im Freistaat von bald 81 Prozent zügig“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen eines Gesprächs mit Marcel de Groot, Chief Executive Officer der Vodafone GmbH, fest.

Als einer der größten Netzbetreiber nehme die Vodafone GmbH eine wichtige Rolle bei der Versorgung mit schnellem Internet ein. Sie sei aber auch langjähriger Vertragspartner des Freistaats Bayern beim Betrieb des Bayerischen Behördennetzes, bei Mobilfunk, Telekommunikation und BayernWLAN für staatliche Dienststellen. „Auf dem Weg ins Gigabitzeitalter ist es wichtig, dass alle Akteure weiter an einem Strang ziehen, damit gerade auch der ländliche Raum schnell flächendeckend versorgt wird. Der Bund wird seiner Zuständigkeit und finanziellen Verantwort-

ung hier immer noch nicht ausreichend gerecht“, so Füracker.

Gigabit-Motor Bayern

„Bayern ist Deutschlands Gigabit-Motor. 2018 haben wir hier zum ersten Mal das Gigabit im Festnetz gestartet, heute kann es von rund 7 Millionen Bayern genutzt werden. Und hier im Bundesland beginnen wir das größte Gigabitnetz noch besser und größer zu machen. Mit noch mehr Glasfaseranschlüssen für hundertausende weitere Haushalte, die wir als Vodafone und gemeinsam mit der OXG in den nächs-

Cyberschutz kann Existenz der Firma retten

Neue Pflicht für E-Rechnungen erhöht auch Gefahr von Hackerangriffen

Seit Januar 2025 muss jedes Unternehmen E-Rechnungen empfangen können; ab Anfang 2028 müssen alle Unternehmen E-Rechnungen versenden und empfangen können. Doch die Einführung der E-Rechnungspflicht bringt nicht nur Effizienzvorteile und spart Kosten, sie birgt auch neue Cyberrisiken mit neuen Dateiformaten, manipulierten Rechnungen und kompromittierten E-Mail-Konten.

Über manipulierte E-Mails läuft immer noch ein großer Teil der Cyberangriffe. Sie können Viren, Trojaner und Würmer enthalten, Malware, Spyware oder Ransomware. Beim Öffnen der Datei infiziert sich das System des Empfängers. Hacker können so Rechnungen abfangen und deren Inhalte, einschließlich der Zahlungsinformationen, verändern.

Sinnvolle Versicherung

Egal, ob der Cyberangriff gezielt war oder ungezielt: In jedem Fall ist er ärgerlich, teuer und ge-

sundheitsschädigend. Eine Cyberversicherung ist daher sinnvoll: Sie schützt das Unternehmen vor finanziellen Risiken, die durch Verletzungen der IT-Sicherheit und Cyberangriffe entstehen: Haftpflichtansprüche, Vertrauensschäden durch Vorsatz, Erpressung, Haftpflicht-Vermögensschäden, Eigenschäden, Assistance-Leistungen für Forensik und Datenwiederherstellung; optional auch Ertragsausfall durch Betriebs-Stillstand.

Johannes Wagner, Cyber-Experte bei der Versicherungskammer: „Unsere Erfahrungen als

Versicherer zeigen: Die üblichen Schadenhöhen und die erpressten Geldbeträge machen oft etwa fünf Prozent eines Jahresumsatzes aus. Der Geschäftsbetrieb steht dann meist im Durchschnitt ein bis zwei Wochen still. Hinzu kommen noch hohe Kosten, um die Täter wieder aus den IT-Systemen zu entfernen. Darum sage ich: Die Cyberversicherung ist die Feuerversicherung des 21. Jahrhunderts.“

Cyber-Sicherheitscheck online und kostenlos

Jeder Unternehmer und Gewerbetreibende kann einen ersten, neutralen Selbsttest machen und dadurch die eigene Gefährdung einschätzen: mit dem „Cyber-Sicherheitscheck“ des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV). □

VKU-Verbandstagung in Berlin:

Vorfahrt für Investitionen

Mit der Frage, wie milliardenschwere Investitionen getätigt werden können und Leistungen der Daseinsvorsorge zugleich für Bürger und Wirtschaft bezahlbar bleiben, befasste sich in Berlin die diesjährige VKU-Verbandstagung mit mehr als 800 Entscheidern aus Stadtwerken sowie der kommunalen Energie-, Wasser-, Telekommunikations- und Abfallwirtschaft.

Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sind die Investitionsbedarfe für den Ausbau und die Ertüchtigung der Infrastruktur in Deutschland enorm: Für die Energiewende müssten bis 2030 721 Milliarden Euro mobilisiert werden. Die Wasserwirtschaft müsse ihre jährlichen Investitionsvolumina vervierfachen und somit bis 2045 800 Milliarden Euro investieren. Der Grund hierfür sei, dass viele die Infrastrukturen an das Ende ihrer Nutzungsdauer kommen und gleichzeitig an die Folgen des Klimawandels angepasst werden müssen. „Jetzt ist nicht die Zeit für theoretische Grundsatzdiskussionen, jetzt ist Zeit zum Handeln. Wir brauchen im Haushalt einen klaren Fokus

auf Investitionen. Unsere kommunalen Infrastrukturen halten Deutschland am Laufen, damit das so bleibt, muss ein Investitionsschwerpunkt auf der Ertüchtigung kommunaler Infrastruktur liegen“, betonte Liebing.

Klimaziel 2045

Aus einer Umfrage des VKU unter den CEOs von 1.584 kommunalen Unternehmen, die anlässlich der VKU-Verbandstagung veröffentlicht wurde, geht hervor, dass mehr als zwei Drittel der kommunalen Unternehmen das deutsche Klimaziel 2045 unter den geltenden Rahmenbedingungen für unrealistisch erachten. Die Kosten seien aktuell

zu hoch, die Finanzierung unklar.

Damit das Ziel der Klimaneutralität erreicht wird, geben 51 Prozent der CEOs an, dass vorrangig die Finanzierung geklärt und durch neue Konzepte erleichtert werden müsse. 47 Prozent plädieren für einen Realitätscheck bei jeder Entscheidung, jedem Gesetz. 44 Prozent der Befragten wünschen sich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Mit Blick auf das energiepolitische Zieldreieck von Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit votieren die meisten Befragten (39 Prozent) für eine klare Priorisierung von Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit.

„Unser Land braucht neuen Schwung für die Energiewende“, forderte VKU-Präsident Dr. Ulf Kämpfer und ergänzte: „Die ambitionierte Energiewende ist und bleibt elementar für Klimaschutz und eine resiliente nationale Versorgungssicherheit. Wir müssen die Abhängigkeiten vom Import fossiler Energien aus dem Ausland weiter reduzieren. Klimaneutralität gelingt nur, wenn wir die Kosten senken und die Pro-

zesse der Energiewende besser aufeinander abstimmen. Zudem sollte eine neue Bundesregierung das Fundament für alternative Finanzierungsformen legen, zum Beispiel für einen Energiewendefonds.“

Sichere Wasserversorgung

Neben Klimaneutralität verfolgen kommunale Unternehmen auch das Ziel, die Versorgungsicherheit bei bezahlbaren Preisen zu erhalten. Den größten Investitionsbedarf sehen die kommunalen Unternehmen beim Ausbau ihrer Stromnetze für die Energie- und Wärmewende (66 Prozent) und beim Ausbau ihrer Fernwärmenetze für die Wärmewende (50 Prozent). Auf Platz 3 der am meisten genannten Infrastrukturen rangieren der Ausbau, Erhalt oder die Modernisierung bestehender Trinkwasseranlagen und -netze für eine sichere Wasserversorgung (28 Prozent).

Infrastrukturen der Wasserwirtschaft kommen ans Ende ihrer Nutzungsdauer und müssen zugleich an die Folgen des Klimawandels angepasst werden. Dies gilt genauso für die Infrastrukturen der Abwasserentsorgung auf Platz 4. Für die Abfallwirtschaft ist zudem die Möglichkeit zur Abscheidung und Speicherung von CO₂-Emissionen entscheidend, um Klimaneutralität erreichen zu können. Hierfür fehlt jedoch die gesetzliche Grundlage.

Der Investitionsbedarf in die Infrastrukturen und Systeme der kommunalen Unternehmen ist enorm. Den größten Investitionsbedarf sehen kommunale Unternehmen laut Umfrage bei den Strom- und Fernwärmenetzen für die Energiewende und auch bei den Infrastrukturen der Wasserversorgung und Abwasserent-

sorgung. Kämpfer zufolge wünschen sich kommunale Unternehmen von einer neuen Bundesregierung mehr Verlässlichkeit und Realitätsinn, aber weniger Bürokratie.

Bezahlbare Energiepreise

Industrie, Mittelstand und Bürger benötigten bezahlbare Energiepreise. 90 Prozent der Stadtwerke verneinen die Frage, ob Energiepreise unter den aktuell geltenden Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren bezahlbar sein werden. Sie geben an, dass es alternative Finanzierungsformen brauche. Nur 10 Prozent glauben, dass zum Beispiel mit dem Ausbau der Erneuerbaren und LNG aus den USA die Preise sinken werden.

„Das ist ein starkes Signal für Union und SPD“, urteilte Kämpfer. Für bezahlbare Energiepreise empfehlen 75 Prozent der Stadtwerke, die Stromsteuer für alle zu senken. 54 Prozent sprechen sich dafür aus, die Netzentgelte mit Zuschüssen aus Steuermitteln zu senken oder alternative Finanzierungsformen wie Amortisationskonten oder einen Energiewendefonds. Dirigistischen Markteingriffen wie Preisdeckeln erteilen sie hingegen eine klare Absage, nur 8 Prozent der Unternehmen halten dies für ein geeignetes Mittel.

Gebaut für Generationen

Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sind langlebig und werden für Generationen gebaut. „Einmal getroffene Richtungsentscheidungen müssen Bestand haben – auch über einen Regierungswechsel hinaus. Nur so schaffen wir verlässliche Investitionsbedingungen“, stellte Ingbert Liebing abschließend fest, auch wenn es

Nachsteuerungs- und Korrekturbedarf, wie etwa beim Gebäudeenergiegesetz und Wärmeplanungsgesetz gebe.

Im Rahmen der Verbandstagung zeichnete der VKU auch heuer wieder Macher und Vordenker der Kommunalwirtschaft mit dem VKU-Innovationspreis aus. Zu den Gewinnern zählt das Projekt H2Direkt von Energie Südbayern, Energienetze Bayern und Thüga.

Im Herbst 2023 stellten die Energieversorger im bayerischen Hohenwart deutschlandweit erstmals ein bestehendes Ortsnetz mit angeschlossenen Privatkunden auf 100 Prozent Wasserstoff um. Seitdem werden zehn private Haushalte und ein Gewerbebetrieb über das umgewidmete Netz mit H₂ versorgt. Dafür wurde auf einem Grundstück in der Nähe eine Wasserstoff-Bereitstellungs- und Einspeiseanlage errichtet. In den Häusern ersetzte man die Heizkessel durch hochmoderne H₂-Brennwertgeräte. Besonders erfreulich: Alle Bauteile im bestehenden Netz und in den Heizungsräumen wurden auf ihre H₂-Tauglichkeit überprüft und die Tauglichkeit von Sachverständigen bestätigt. Lediglich die Therme und der Gaszähler mussten ausgetauscht werden.

H2Direkt zeigt im kleinen Maßstab, aber in der Praxis und mit Erfolg, wie die Umstellung der heutigen fossilen Gasversorgung auf eine grüne Wasserstoffversorgung erfolgen kann. Und das prinzipiell für alle Kundengruppen aus Haushalt, Gewerbe und Industrie. Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen wird bereits jetzt an einem Nachfolgeprojekt gearbeitet. Unter anderem werden Konzepte zur Errichtung einer Wasserstoff-Erzeugung vor Ort geprüft. **DK**

Mittelstand plädiert für Rohstoffwende

Forderungen an die kommende Bundesregierung

Die Mittelstandsallianz, eine Initiative des BVMW, hat in einem 12-Punkte-Papier klare Forderungen an die kommende Bundesregierung formuliert, wobei der Schwerpunkt auf nachhaltigen und wirtschaftlichen Lösungen für den Mittelstand liegt. Ein zentraler Punkt des Papiers ist das Konzept der „Rohstoffwende“, das unter der Federführung von buse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock entwickelt wurde.

Die Rohstoffwende setzt auf die Kreislaufwirtschaft als einen Weg, Rohstoffe effizienter zu nutzen und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Ziel ist es, die Wirtschaft von einem linearen Modell (Produktion, Konsum, Entsorgung) zu einer Kreislaufwirtschaft zu transformieren, in der Ressourcen wiederverwendet und recycelt werden, statt in Mülldeponien zu landen oder als Abfall verbrannt zu werden.

Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer

Laut Mittelstandsallianz schont der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der gewerblichen und industriellen Produktion natürliche Ressourcen, spart Energie und verringert den CO₂-Ausstoß. Daher sei in allen relevanten Bereichen zu prüfen, ob Sekundärrohstoffe eingesetzt werden können. „Wir fordern daher eine zügige nationale Regelung für das Abfallende von wichtigen Sekundärrohstoffen, wie zum Beispiel Altpapier, Ersatzbaustoffe oder Altkunststoffe. Damit kann Rechtssicherheit für alle Marktteilnehmer geschaffen und ein Booster für

die Kreislaufwirtschaft gezündet werden. Denn eine funktionierende Kreislaufwirtschaft führt sowohl zu einem effektiven Umwelt- als auch Klimaschutz und muss zur Einhaltung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen umfassend implementiert werden.“

Ob im Straßen-, Haus- oder Gebäudebau, beim Handwerk, der Industrie oder der Verwaltung: Die deutsche Recyclingindustrie biete qualitativ ausgezeichnete Recyclingprodukte für die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Trotzdem gebe es immer noch eine zu große Zurückhaltung öffentlicher wie privater Auftraggeber, Recyclingprodukte einzusetzen. Die öffentliche Hand sollte bei ihren Auftragsvergaben daher mit gutem Beispiel voran gehen und die Diskriminierung der Verwendung von Recyclingprodukten, beispielsweise in Ausschreibungen, ausschließen, heißt es.

Die Märkte der Metallrecyclingwirtschaft sind global. Der Einsatz von recycelten Metallen spare Energie, Treibhausgase und Primärressourcen und sei als „Green Commodity“ essenziell

für die Etablierung internationaler grüner Leitmärkte. „Die Anerkennung und Weiterentwicklung von Rohstoffpartnerschaften muss daher den reibungslosen, grenzüberschreitenden Handel mit recycelten Metallen unterstützen und in Handelsabkommen berücksichtigen“, lautet eine weitere Forderung.

Spielräume für die Recyclingwirtschaft

Der Gesetzgeber muss sich nach Auffassung der Mittelstandsallianz darüber im Klaren sein, dass die Unternehmen der Recyclingwirtschaft auch Produkte aufbereiten, die vor Jahrzehnten hergestellt wurden und Stoffe enthalten können, die damals in höheren Mengen nicht als schädlich galten. Daher sei es geboten, die Einhaltung strengerer Grenzwerte mit angemessenen Übergangsfristen und Spielräumen für die Recyclingwirtschaft zu gestalten, die versuche, alle wertvollen Rohstoffe für die Industrie zu sichern.

Laut Eric Rehbock „muss die Bundesregierung das Potenzial der Recyclingwirtschaft stärker für den Klimaschutz nutzen. Wir brauchen eine Zukunftsoffensive mit einer gezielten Förderung des Mittelstands, um Recyclingkapazitäten auszubauen. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden in Genehmigungsverfahren abgebaut werden.“ **DK**

den Fokus rücken. Um die Qualität unserer Gewässer langfristig zu sichern, gilt es, Verschmutzungen bereits an der Quelle zu vermeiden. Das bedeutet, Pflanzenschutzmittel und schädliche Stoffe nicht ins Wasser einzutragen und Altmedikamente umweltgerecht zu entsorgen. Gleichzeitig kann jede und jeder Einzelne im Alltag einen Beitrag leisten, indem beispielsweise wassersparende Maßnahmen wie das Nutzen effizienter Armaturen umgesetzt werden und die Gartenbewässerung im Sommer nicht während der Tageszeit erfolgt.

Der Weltwassertag 2025 erinnert uns daran, dass der Erhalt der Gletscher als natürliche Wasserspeicher nicht nur eine globale, sondern auch eine lokale Herausforderung ist. Eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft erfordert deshalb nicht nur beschleunigte Investitionen und strukturelle Anpassungen, sondern auch ein verantwortungsbewusstes Handeln auf allen Ebenen – von der Politik über die Kommunen bis hin zu jedem Einzelnen.“ **DK**

Bewältigung des Klimawandels erfordert schnellere Genehmigungsverfahren

Jedes Jahr am 22. März rufen die Vereinten Nationen zum Weltwassertag auf. In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Glacier Preservation“ („Erhalt der Gletscher“), wodurch die Notwendigkeit betont wird, Gletscher als natürliche Wasserspeicher zu bewahren und ihre entscheidende Rolle im Ökosystem zu schützen.

„Die Klimaveränderungen mit zunehmenden Trockenperioden und Starkregenereignissen stellen die Wasserwirtschaft vor immensen Herausforderungen“, so Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser. „Um die Wasserversorgung langfristig zu sichern, müssen Investitionen in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur deutlich schneller umgesetzt werden. Dazu brauchen wir – analog zum Ausbau Erneuerbarer Energien – Genehmigungsverfahren, die den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen.“

Zudem müssen wir die Wasser- und Abwasserinfrastruktur konsequent an die Folgen des Klima-

wandels anpassen. Dazu gehören nicht nur der Ausbau und die strukturelle Anpassung an Starkregenereignisse und langanhaltende Trockenperioden, sondern auch die Integration von Wasser in die städtische Infrastrukturplanung. Regenwassermanagement, begrünte Dachflächen und versickerungsfähige Wege können dazu beitragen, Grundwasserneubildung zu fördern und Abflussmengen besser zu regulieren.

Verschmutzungen bereits an Quelle vermeiden

Auch der Schutz unserer Wasserressourcen muss weiter in



Kompetenz für Kommunen.

Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

www.kubus-kommunalberatung.de

KUBUS GMBH –

KOMPETENZ FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRAGGEBER

IN SACHEN ENERGIEBESCHAFFUNG

Nutzen Sie die Vorteile einer individuellen Einzelausschreibung mit der KUBUS GmbH.

Wir sind als Unternehmen kommunaler Spitzenverbände Teil der kommunalen Familie und kennen Ihre speziellen Anforderungen genau. Daher können wir Ihre Interessen bestens vertreten. Für die Ausschreibung von Strom und Gas für öffentliche Auftraggeber sind wir eines der führenden Unternehmen auf dem Markt. Seit 2010 führen wir im Rahmen der Beschaffung von Strom und Erdgas die e-Vergabe durch. Mit mehreren hundert Verfahren als Einzel- oder Bündelausschreibungen pro Jahr verfügen wir über umfangreiche Erfahrungen, die wir in jeden Auftrag einbringen. Wir sind nicht nur bestens mit den Anforderungen der öffentlichen Hand vertraut, sondern kennen auch bundesweit die des Marktes, da wir uns in mehr als 15 Jahren ein entsprechendes Netzwerk aufgebaut haben. Im Rahmen einer individuellen Einzelausschreibung stehen Ihre Bedürfnisse, Termine und Wünsche im Vordergrund und das zu attraktiven Konditionen.

FORDERN SIE IHR PERSÖNLICHES ANGEBOT AN UND NUTZEN SIE U. A. DIESE VORTEILE:

- Maßgeschneidertes Verfahren zugeschnitten auf Ihre Bedürfnisse
- Intensive Rund-um-Betreuung und Beratung
- Selbstbestimmung/Steuerung des Beschaffungsprozesses
- Individueller Zeitplan
- Attraktiver für regionale Bieter
- Feste Ansprechpartner
- Attraktive Konditionen

SO ERREICHEN SIE UNS: ☎ 0385/30 31-261 ✉ energie@kubus-kb.de

Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“:

Verleihung an zwölf neue Partner

Ein Dutzend Einrichtungen und Akteure mit hochwertigen Bildungsangeboten erhielten in München aus den Händen von Umweltminister Thorsten Glauber das Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“. Rund 150 Einrichtungen und Akteure tragen mittlerweile dieses Siegel und engagieren sich in der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. „Mit rund 30.000 Veranstaltungen erreichen und begeistern sie jährlich über eine Million Kinder, Jugendliche und Erwachsene und sensibilisieren sie für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen – ganz im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen“, unterstrich Glauber.

Zu den neuen Qualitätssiegel-Trägern zählt die Almschule im Werksviertel Mitte, München. Sie bringt Kindern und Jugendlichen ein besonderes Stück Natur in die Stadt. Auf dem begrünten Dach des WERK3 werden Mitmach-Workshops zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten angeboten.

Eine Welt-Station Fürth

Die Eine Welt-Station Fürth als derzeit größte Bildungseinrichtung für Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung in Stadt- und Landkreis Fürth setzt sich seit über 40 Jahren für mehr globale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Eine Welt ein. Mit mittlerweile über 200 Workshops und Projekttagen jährlich werden zahlreiche Kitas und Schulen erreicht. Der Fokus liegt auf den Bereichen nachhaltiger Konsum und anders Wirtschaften, zukunftsfähige Ernährung und globale Gerechtigkeit, insbesondere Klimagerechtigkeit. Ergänzt wird das Portfolio durch das Thema Stadtbegrünung und Selbstversorgung in der Stadt.

Die Erlebnis-Imkerei Honey&Honk, Nürnberg, zeigt am lebendigen Bienenvolk in Nürnberg, Fürth und Umgebung, wie erfolgreiche Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit funktionieren kann. Mit einer Patenschaft für ein Bienenvolk wird den Klimazielen ein Gesicht gegeben.

Die Kinder- und Jugendfarm Regensburg e.V. ist eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit und außerschulischer Bildungsort. Auf ihrem „Stadtteilbauernhof“ helfen Menschen aktiv mit, treten in Kontakt mit Tieren, Natur und Umwelt und nutzen das Gelände für freies Spiel.

Zusammenspiel von Mensch und Biosphäre

Als Bildungseinrichtung des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön spricht das Naturerlebniszentrum Rhön, Hammelburg, alle Dimensionen der Nachhaltigkeit an. Für sie steht das Zusammenspiel von

Mensch und Biosphäre im Mittelpunkt. Mit dem Kompetenzzentrum Didaktik werden Angebote regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt. Schwerpunkte der Naturpark-Umweltstation Waldkirchen sind vor allem Schulklassen-Projektstage, Angebote für Kindergärten, Führungen und Exkursionen für Erwachsene und zudem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Tschechien und Österreich. Auch der Aufbau eines landkreisweiten Netzwerks im Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und weitere BNE-Projekte gehören dazu. Die Umweltstation Waldkirchen ist unter der Trägerschaft des Naturparks Bayerischer Wald e.V. bereits die dritte staatlich anerkannte Umweltstation. Das Schullandheim Thüringer Hütte, Hausen in der Rhön, ist ein Bildungszentrum, das Mensch, Natur und Technik in Einklang bringt. Mit handlungsorientierten, inspirierenden Programmen werden Ergebnisse geschaffen, die Menschen nachhaltig bewegen und Perspektiven verändern. Durch die Verbindung von Kreativität, Gemeinschaft und Innovation wird Bildung lebendig und zukunftsfähig gestaltet.

Die Transition Town Augsburg e.V. ist ein offenes Netzwerk engagierter Menschen, die durch Vorträge, Workshops und gemeinschaftliche Projekte nachhaltige Veränderungen in der Fuggerstadt vorantreiben. Gefördert wird selbstwirksames Handeln in Bereichen wie Plastikvermeidung, Urban Gardening, Ressourcenschonung und nachhaltige IT-Nutzung. Jeder kann aktiv an der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit teilnehmen.

Mensch.Natur.Stadt.

Unter dem Motto Mensch.Natur.Stadt. lädt die Umweltstation Ingolstadt alle Menschen aus Ingolstadt und Umgebung ein, Natur und Nachhaltigkeit zu erleben, sich für ein nachhaltiges Lebensumfeld einzusetzen und gemeinsam das Zusammenleben in der Stadt zu gestalten. Inhaltlich

Langjährige Forderung wird umgesetzt:

Zentraler Fahrzeugkauf für die Feuerwehr möglich

Bayerns Feuerwehren können künftig gemeinsam neue Fahrzeuge kaufen. Das spart Geld wie Verwaltungsressourcen – und ist bei gemeinsamen Einsätzen mehrerer Feuerwehren äußerst hilfreich. „Damit wird eine langjährige SPD-Forderung endlich umgesetzt“, freut sich die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Christiane Feichtmeier. „Unsere Feuerwehren müssen möglichst effizient funktionieren, damit sie sich auf ihre wichtige Arbeit konzentrieren können.“

Aktuell plant das Bayerische Innenministerium ein Pilotprojekt, bei dem erstmals ein gängiger Fahrzeugtyp zentral vom Freistaat bestellt werden soll. Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Volkmar Halbleib, hervor. Der unterfränkische Abgeordnete hatte wissen wollen, ob die Staatsregierung derartige Sammelbestellungen auch für sinnvoll hält und ob es bereits konkrete Pläne gibt. „Was lange währt, wird endlich gut“, re-

sümiert Halbleib. „Es ist besser, Bestellungen zu bündeln und zentral zu organisieren. Das entlastet die Feuerwehren und damit letztlich die Kommunen.“

Denn bisher muss sich jede Kommune einzeln mit dem Kauf neuer Feuerwehrautos beschäftigen, was umständlich und teuer ist. Für das jetzige Pilotprojekt müssen personelle und finanzielle Ressourcen beim Freistaat bereitgestellt werden. Eine Investition, die sich nach Einschätzung der SPD auf jeden Fall auszahlt. □



Umweltminister Thorsten Glauber mit den neuen Trägern des Qualitätssiegel „Umweltbildung.Bayern“. Bild: STMUV

che Schwerpunkte sind Biodiversität im städtischen Umfeld, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Lebensstile, Kunst und Natur, sowie Vernetzung.

Schwerpunkt Erwachsenenbildung

Die seit 2022 bestehende Umweltstation Kitzinger Land, Marktsteft, zeichnet sich durch ihr sehr vielfältiges Angebot an Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung aus. Die Umweltstation nimmt alle Zielgruppen in den Blick, richtet jedoch einen Schwerpunkt auf die Erwachsenenbildung. In der Ausgestaltung ihres Angebots bezieht sich die Umweltstation Kitzinger Land auf ihr Bildungskonzept, hier insbesondere das formulierte BNE-Leitbild und das pädagogische Konzept.

Juliane Wellmann ist Naturpädagogin und Waldbaden-Expertin, die Menschen mit ihrem Projekt Janes Nature, Hafenlohr (Spesart) dabei unterstützt, eine tiefere Verbindung zur Natur zu finden und achtsam mit sich und der Umwelt umzugehen. Ihre Angebote – von Waldbaden über Natur- und

Umweltpädagogik bis hin zu Aktionen rund um Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) – schaffen inspirierende Naturerlebnisse, die Entspannung, Wissen und nachhaltiges Handeln fördern.

Als ganzheitlicher BNE-Lernort, der in einem Netzwerk mit anderen Lernorten agiert, sieht sich die naturindianer-kids gUG, München. Sie entwickelt und führt in der Landeshauptstadt Ferienbetreuungsmaßnahmen nach den Standards einer Bildung für nachhaltige Entwicklung für Kinder von 5 bis 12 Jahren durch. Zudem betreibt sie einen Natur-Hort und einen Naturkindergarten, in deren Konzeptionen die BNE als tragender Bildungsansatz verankert ist. Darüber hinaus wird ein zukunftsgerichtetes, innovatives BNE-Konzept für Ganztagschulen entwickelt und etabliert, das die gezielte Förderung der Schlüssel- und Gestaltungskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zum Ziel hat. Auch steht die Qualifizierung von Fachpersonal durch Fort- und Weiterbildungen im Bereich nachhaltige Entwicklung und Outdoorpädagogik in der naturindianer-Akademie im Vordergrund. DK



Alles im Blick auf der Werksausstellung. Bild: Lindner Traktoren

Großes Interesse an neuen Lindner-Modellen und Frühjahrsaktion

Rund 3.000 Besucherinnen und Besucher aus Österreich, Süddeutschland, Südtirol und der Schweiz nutzten die Gelegenheit, um sich bei der Frühjahrs-Werksausstellung des Tiroler Traktoren- und Transporterherstellers Lindner über die neuesten Innovationen sowie die Frühjahrsaktion 2025 zu informieren.

Technik, Testfahrten und Topangebote: Die Frühjahrsausstellung von Lindner rund um das Innovationszentrum war wieder ein Besuchermagnet. „Das Motto der Werksausstellung lautete ‚Wendig ins Frühjahr‘. Viele Lindner-Fans nutzten die Gelegenheit und testeten Lintrac und Unitrac mit Vierradlenkung gleich im Gelände“, sagt Geschäftsführer David Lindner. Bei den stufenlosen Lintrac-Modellen lenkt die hintere Achse bis zu 20 Grad ein. Das hat Vorteile bei Wendemanövern im Steilhang, beim Mähen oder bei Arbeiten im Stall. Darüber hinaus kann der Traktor am Ende des Feldes in einem Zug wenden und weiterarbeiten. Bei der Frühjahrsaktion gibt es die 4-Rad-Lenkung zu allen Neubestellungen kostenlos. Für Modelle ohne 4-Rad-Lenkung wartet Zusatzausrüstung im selben Wert. Das Angebot gilt bis 30. Juni 2025 in Verbindung mit der Preisliste 01-2025.

Aus nächster Nähe konnten sich die 3.000 Besucherinnen und Besucher von den aktuellen Lindner-Neuheiten überzeugen: vom geschalteten Lintrac 65 LS über den stufenlosen Lintrac 70 LDrive bis zum Profi-Transporter Unitrac 122 LDrive Pro. Für großes Interesse sorgten außerdem die Top-Vorführer mit Preishammer-Angeboten – das sind hochwertige Maschinen mit wenigen Betriebsstunden, die zu besonders günstigen Preisen zu haben sind.

Einblicke in die Produktion

Fixpunkte der Lindner-Werksausstellungen, die im Frühjahr und im Herbst stattfinden, sind die Werksführungen. In diesem Rahmen bekamen die Gäste auch dieses Mal fundierte Einblicke in die Herstellung der Lindner-Modelle und erfuhren u.a., wie aus mehr als 2.400 Einzelteilen ein einsatzbereiter Lintrac entsteht. □

Umweltmesse Landshut 2025:

Blick in die Zukunft der Nachhaltigkeit

Auch die 16. Auflage der Landshuter Umweltmesse in der Sparkassen-Arena und auf dem Messegelände war ein voller Erfolg. Unter dem Motto „Zukunft nachhaltig gestalten“ erwartete die zahlreichen Besucher ein vielfältiges Programm rund um die Themen Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Technologien sowie regionale Erzeugnisse. Veranstaltet wurde die Messe von der LA-Umwelt gemeinnützige GmbH, die mit ihrem Fokus auf Umweltbildung und nachhaltige Lebensweisen eine Brücke zwischen Experten, Unternehmen und Verbrauchern schlägt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2006 hat sich die Landshuter Umweltmesse als eine der bedeutendsten Plattformen für Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein in der Region etabliert. Neben einer umfassenden Informationsplattform bot die Messe praxisnahe Erlebnisse, die nachhaltige Lösungen greifbar machten.

Auch die 16. Auflage der Landshuter Umweltmesse zeichnete sich durch ihre einzigartige Kombination aus Informationsplattform, Markt für nachhaltige Alternativen und interaktivem Lernort aus. Sie brachte Verbraucher mit engagierten Unternehmen, Umweltorganisationen und Fachleuten zusammen, die innovative Lösungen präsentierten. Thematisch setzte man klare Schwerpunkte auf zukunftsweisende Bereiche wie nachhaltiges Bauen und Wohnen, erneuerbare Energien, umweltfreundliche Mobilität sowie gesunde Ernährung und bewussten Konsum. Besucher erhielten Einblicke in neueste Entwicklungen, konnten rund 90 Fachvorträge renommierter Experten sowie Workshops, Vorführungen und Seminare verfolgen und nachhaltige Produkte in Aktion erleben.

Interaktive Formate

Besonders hervorzuheben ist das Umweltbildungsprogramm für Schulen, das praxisorientierte Module anbot. Kinder lernten beispielsweise, wie Bienenwachskerzen hergestellt werden, welche Vorteile eine naturnahe Ernährung bietet oder wie Photovoltaikanlagen funktionieren. Interaktive Formate wie das Abfallwirtschaftsquiz „Wer wird MüLLionär?“ oder der „Pfannkuchenweg“, der die Entstehung ei-

nes Pfannkuchens von der Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Produkt veranschaulichte, vermittelten Wissen auf spielerische Weise.

„LA-Arena“

Zum ersten Mal waren Stadt und Landkreis Landshut gemeinsam mit einer „LA-Arena“ vertreten. Damit wurde die „geballte Landshut-Power“ in der Live-Box der Sparkassen-Arena präsentiert: seitens der Stadt etwa mit zwei jeweils fünf mal drei Meter großen Leinwänden, auf denen das mittlerweile umfangreiche Filmmaterial über Landshut – beispielsweise der Imagefilm der Stadt oder die Filme zu den Extremsportprojekten – gezeigt wurde. Die Region Landshut wartete unter anderem mit einem neuen Freizeitführer, Informationen und Broschüren zu Freizeitmöglichkeiten und Tourismus sowie zum Wandern und Fahrradfahren auf. Zudem wurden Projekte vorgestellt, die durch das Leader-Förderprogramm der Europäischen Union ermöglicht worden sind.

Nachhaltigkeit – ein Lifestyle

Landshuts Oberbürgermeister Alexander Putz, der neben dem bayerischen Wirtschaftsministerpräsidenten Hubert Aiwanger als Schirmherr agierte, lobte die Umweltmesse als „Leistungsschau“ im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Besonders überzeugte ihn, dass die Messe praxisbezogene Lösungen biete, ohne die Wirtschaftlichkeit zu vernachlässigen. Auch zeige die Umweltmesse mit ihren smarten Produkten, dass Nachhaltigkeit mittlerweile zu einem Lifestyle geworden sei. DK

Weilheim freut sich über Zuwachs im Fuhrpark:

Unimog bringt Licht ins Dunkel

Der Landkreis Weilheim erweitert seinen Fuhrpark mit einem Unimog U535. Da auch die Straßenmeisterei einen Mercedes-Benz Geräteträger hat, sind ab sofort zwei leistungsstarke Unimog im Einsatz, um die Straßen sicher und gepflegt zu halten.

Da es sich um identische Fahrzeuge handelt, können sie beide mit den vorhandenen Anbaugeräten ausgestattet werden, um Grünfliegarbeiten an Straßenrändern zu übernehmen oder im Winterdienst zuverlässig Schnee zu beseitigen.

Die Entscheidung für die große Baureihe fiel aufgrund des ho-

hen zulässigen Gesamtgewichts von 16,5 Tonnen sowie der kraftvollen 354 PS starken Motorisierung leicht. Ein besonderer Einsatzzweck des Unimogs ist das Reinigen von Tunneln. Hier überzeugt das Fahrzeug mit einer leistungsstarken Beleuchtung, die dem Fahrer eine optimale Sicht auf die Arbeitsumgebung bietet. □



V.l.: Hans Bernhard, Anton Andrä, Christian Gerold, Andreas Schmid. Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Stefan Schelle, Präsidiumsmitglied Bayerischer Gemeindegtag und Bürgermeister Oberhaching, Hermann Gahr, Obmann Forum Land, Mag. David Lindner, Geschäftsführer Traktorenwerk Lindner, Landeshauptmann-Stellvertreter ÖR Josef Geisler, Land Tirol, Karl-Josef Schubert, Präsident Tiroler Gemeindeverband und Andreas Schatzter, Präsident Südtiroler Gemeindenverband. Bild: Lindner

Kommunalforum Alpenraum:

Die Energiewende findet statt

Bei der 10. Auflage des Kommunalforums Alpenraum im Lindner-Innovationszentrum in Kundl drehte sich alles um die Frage, wie die Gemeinden die Energiewende mitgestalten können. Die zentrale Botschaft: Die Kommunen haben eine wichtige Vorbildfunktion.

Alle Experten beim 10. Kommunalforum Alpenraum in Kundl waren sich einig: Die Energiewende ist in vollem Gange. Tirols Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler skizzierte in seiner Eröffnung die Eckpunkte auf dem Weg zur Energieautonomie 2050 und betonte: „Unabhängigkeit sowie leistbare und sichere Energie sind wichtig für die heimische Wirtschaft.“

Wie können die Gemeinden die Energiewende aktiv mitgestalten? „Der wichtigste Hebel, den die Gemeinden haben, ist die Bewusstseinsbildung. Gemeinden können gute Vorbilder sein“, sagte Franz Angerer, Geschäftsführer der Österreichischen Energieagentur, in seinem Impulsvortrag. TINEXT-Geschäftsführer Andreas Burger präsentierte in seinem Vortrag ganz konkrete Lösungen aus der Praxis: von Fernwärme über Photovoltaik bis zu Wasserstoff. „Fernwärme ist ganz wesentlich, um die Energiewende voranzutreiben. Darüber hinaus eignet sich der hochalpine Raum hervorragend für die Nutzung von Photovoltaik.“

Finanzierung als Herausforderung

In der abschließenden Talkrunde mit den Präsidenten Andreas Schatzter (Südtiroler Gemeindenverband) und Karl-Josef Schubert (Tiroler Gemeindeverband) sowie Hermann Gahr (Obmann Forum Land) und Stefan Schelle (Präsidiumsmitglied Bayerischer Gemeindegtag) wurde über die konkreten Herausforderungen der Kommunen diskutiert. „Man kann als Gemeinde mit der Energiewende viel Geld sparen. Darüber hinaus bringt Energieeffizienz einen Standortvorteil. Allerdings fehlt den Gemeinden oft das Investitionskapital“, so Schubert. Hermann Gahr ergänzte: „Am Ende des Tages müssen sich Investitionen in die Energiewende rechnen.“ Stefan Schelle forderte von der Politik mehr Verlässlichkeit bei den Rahmenbedingungen, vor allem bei langfristigen Vorhaben. Andreas Schatzter unterstrich den Wert von Kooperationen zwischen den Gemeinden, zum Beispiel wenn es um die Errichtung von Heizwerken geht.

Gemeinsam für starke Gemeinden im Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner und hat das Ziel, die Gemeinden in den alpinen Regionen zu vernetzen und gemeinsam an Lösungen

für die Zukunft zu arbeiten. Partner 2025 waren der Österreichische Gemeindebund, der Südtiroler Gemeindenverband, der

Tiroler Gemeindeverband, der Bayerische Gemeindegtag, Forum Land und TIWAG-Next Energy Solutions GmbH. Medienpartner sind die Tiroler Tageszeitung, Bauhof-online und die Bayerische Gemeindezeitung. Weitere Informationen unter www.kommunalforum-alpenraum.eu □



Gurkenwassertankstelle am Flughafen München. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Gurkenwasser gegen Bodenfrost

Nachhaltiger Winterdienst am Flughafen München mit Henne Nutzfahrzeuge

Der Winterdienst steht vor einer Herausforderung: Einerseits müssen Straßen und Wege sicher gehalten werden, andererseits belasten traditionelle Streumittel wie Trockensalz die Umwelt. Eine innovative Lösung wird nun am Flughafen München getestet – Gurkenwasser als nachhaltige Alternative zu Streusalz. Mit Unterstützung von Henne Nutzfahrzeuge und moderner Streutechnik wird diese umweltfreundliche Methode nun großflächig erprobt.

Unimog im Einsatz

Um die Wege und Zufahrtsstraßen eisfrei zu halten, setzt der Flughafen München auf einen Unimog aus dem Mietpark von Henne Nutzfahrzeuge. Das Fahrzeug ist mit einem Eco-Tech-Streuer ausgestattet, der speziell für den Ausbringung von Flüssigstreumitteln entwickelt wurde. Die verwendete Gurkensole hat mehrere Vorteile:

- Bessere Haftung auf der Fahrbahn als herkömmliches Streusalz, das leicht verweht wird.
- Effektive Enteisung bis zu Temperaturen von -18 °C.
- Umweltfreundlich, da biologisch abbaubar und ressourcenschonend.
- Kosteneffizient, da es ein Nebenprodukt der Lebensmittelindustrie nutzt.

Von der Gewürzgurke zum Winterdienst-Mittel

Die Idee, Gurkenwasser als Streumittel einzusetzen, geht auf ein Pilotprojekt der Bayerischen

Staatsbauverwaltung und der Firma Develey aus dem Jahr 2019 zurück. Hierbei wird das überschüssige Wasser aus der Gewürzgurkenproduktion aufbereitet und der Salzgehalt von ursprünglich 7 auf 21 Prozent erhöht. Aus 1.000 Tonnen Gurkenwasser entstehen so 1.100 Tonnen Salzsole, die im Winterdienst zum Einsatz kommen.

Nachhaltige Alternative mit großem Potenzial

Mit der erfolgreichen Einführung am Flughafen München und dem Einsatz moderner Fahrzeuge von Henne Nutzfahrzeuge konnte das Gurkenwasser-Konzept auch für andere Kommunen und Infrastrukturbetreiber eine interessante Alternative zum klassischen Winterdienst darstellen. Die Zusammenarbeit zeigt, dass Innovationen in der Fahrzeugtechnik und nachhaltige Konzepte Hand in Hand gehen können – für eine umweltfreundliche und gleichzeitig sichere Winterdienstlösung. CH

demopark 2025:

Effizienter Ganzjahreseinsatz bei Kommunaltraktoren im Käuferfokus

Knappere Budgets und begrenzte Personalkapazitäten, wachsender Aufgabenumfang und E-Mobilität – kommunale Bauhöfe und Betriebshöfe öffentlicher Einrichtungen sehen sich mit immer größeren Ansprüchen konfrontiert. Mit welcher Technik können diese Herausforderungen optimal bewältigt werden?

Antworten hierauf liefern die mehr als 400 Aussteller der demopark vom 22. bis 24. Juni 2025 in Eisenach. Auf Europas größter Freilandausstellung für die Grüne Branche werden der Stand der Technik sowie die Neuheiten für alle Arten von Pflegeaufgaben in Kommunen, auf öffentlichen Straßen, Wegen und Parks sowie für die Gewässer-, Landschafts-, Golfplatz- und Friedhofspflege und den Winterdienst gezeigt.

Optimaler Überblick über neueste Kommunaltechnik

Die demopark bietet eine optimale Plattform, um sich einen Überblick über die bereits vielfältigen Angebote der Hersteller von Nutzfahrzeugen, Kompakttraktoren sowie Rad- und Teleskopladern mit Elektroantrieb zu verschaffen. Gerade in diesem Bereich sind auf der demopark 2025 interessante Neuheiten zu erwarten.

Das gilt ebenso für Traktoren und Geräteträger mit konventionellen Dieselmotoren, die mit alternativen Treibstoffen wie dem HVO 100, einem biogenen

Kraftstoff aus Reststoffen, betrieben werden können. Immer mehr Hersteller bieten ihre neuen Fahrzeuge für den kommunalen Einsatz von vornherein mit der Freigabe für HVO 100 an. Auf diesem Wege können Bauhöfe und Dienstleister auch dann einen Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen leisten, wenn sie nicht mit einem Fahrzeug mit Elektroantrieb arbeiten können.

Entscheidend ist, dass die optimale Arbeitserledigung sowohl den gesamten Arbeitstag als auch über das ganze Jahr hinweg und insbesondere beim Winterdienst gewährleistet werden kann. Hierfür müssen Kommunen und ihre Dienstleister bei der Investitionsentscheidung die jeweilige Aufgabenstruktur im Blick haben.

Einsatzstruktur entscheidet über Antriebsart

Zunächst gilt es den Blick auf das Einsatzgebiet zu richten. Wo muss gearbeitet werden? Welche Wegstrecken sind bis zum Einsatzort zurückzulegen und welche Arbeiten sind mit wel-

cher Einsatzdauer zu erledigen? Wie hoch ist dabei der Kraftanspruch? Wie breit darf das Trägerfahrzeug sein, um auf Fußwegen oder in Parks fahren zu können? Gibt es zusätzliche Restriktionen, beispielsweise bezüglich der Lärmemissionen.

Durch die genaue Analyse der zu erledigenden Aufgaben kann festgestellt werden, welche Fahrzeugart – Traktor, Geräteträger oder Nutzfahrzeug, Radlader, Teleskoplader, Bagger oder Sondermaschine – in Frage kommt und welche Motorleistung beim jeweiligen Fahrzeug gefordert ist. Erst dann kann eine fundierte Entscheidung zur Frage, mit welchem Antrieb der ausgewählte Fahrzeugtyp die Arbeiten zuverlässig und kosteneffizient erledigen kann, getroffen werden.

Entlastung des Fahrers zunehmend wichtiger

Ein weiterer wichtiger Faktor, der maßgeblich für innovative Neuheiten auf der demopark 2025 sein wird, ist die Entlastung des Fahrers von Routinetätigkeiten in der Gerätesteuerung. Dies erfolgt beispielsweise durch moderne digitale Steuergeräte mit Bildschirm und Joystick sowie die digitale Dokumentation der erledigten Arbeiten.

Neue Fahrerkabinen, auch bei kleineren Geräteträgern und Radladern, sorgen zudem für zusätzlichen Arbeitskomfort, eine bessere Übersicht über die Arbeitsgeräte und insgesamt für mehr Sicherheit bei der Arbeit an Straßen und in öffentlichen Bereichen. □



Clevere Sicherheits-Assistenzsysteme im Paket:

- Frontguard Assist
- Sideguard Assist 2
- Rückfahrkamera

SPART NICHT AN SICHERHEIT.

Der Unimog ist dank hoher Sicherheitsstandards auf brenzlige Situationen vorbereitet. Im oft unübersichtlichen Straßenverkehr unterstützen fortschrittliche Fahrzeugfunktionen wie das Reifendruckkontrollsystem, Frontguard Assist, Rückfahrkamera oder Aufmerksamkeits-Assistent Fahrerinnen und Fahrer aktiv und passiv.



Erfahren Sie online mehr unter:
special.mercedes-benz-trucks.com/unimog-gsr
 Ihren Unimog Händler oder Servicepartner
 in der Nähe finden Sie unter:
special.mercedes-benz-trucks.com/partnersuche

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, E-Mail: info@kurt-herold.de, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, E-Mail: verkauf@klmv.de, www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Als Erste Bürgermeisterin der Stadt Kronach, die rund 17.000 Einwohner zählt, beantworte ich gerne Ihre Fragen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe mein Amt als hauptamtliche Erste Bürgermeisterin im Jahr 2020 angetreten.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor meiner Tätigkeit als Bürgermeisterin war ich als Diplom-Ingenieurin (FH) tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?



Angela Hofmann

Erste Bürgermeisterin der Stadt Kronach

Mein Antrieb war es, aktiv zur positiven Entwicklung meiner Heimatstadt Kronach beizutragen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger direkt zu vertreten. Kronach ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, die Tradition und Moderne vertritt. Ich sehe viel Entwicklungspotenzial in meiner Heimat und setze mich intensiv für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ein.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit, unter anderem als Vorsitzende der Volkshochschule Kreis Kronach e.V. sowie als Kreisrätin, 2. Bürgermeisterin und CSU-Ortsvorsitzende, konnte ich wertvolle Erfahrungen sammeln, die mich auf das Bürgermeisteramt vorbereitet haben.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Zu Beginn meiner Amtszeit standen wir vor der Aufgabe, die Verwaltung zu modernisieren und die Bürgerbeteiligung zu stärken, um den Anforderungen einer modernen Stadt gerecht zu werden. Auch das Thema Corona hat mich zu Beginn meiner Amtszeit beschäftigt. Wir sind gestärkt aus Herausforderungen hervorgegangen und als

Team in der Stadtverwaltung gemeinsam gewachsen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan? Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Aktuell beschäftigen wir uns intensiv mit der Digitalisierung der Verwaltung, der Förderung von Bildungsangeboten und der nachhaltigen Stadtentwicklung. Zukünftig möchten wir den sozialen Zusammenhalt weiter stärken und innovative Projekte zur Steigerung der Lebensqualität umsetzen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Engagieren Sie sich frühzeitig in verschiedenen Bereichen, sammeln Sie vielfältige Erfahrungen und hören Sie stets auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Authentizität und Transparenz sind die Schlüssel zum Erfolg. Dabei ist es entscheidend, im demokratischen Prozess immer fair und ehrlich miteinander umzugehen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch regelmäßige Bürgerversammlungen, Workshops und Sprechstunden fördern wir den Dialog und die Partizipation aller Beteiligten. Offene Kommunikation ist für mich von großer Bedeutung. Nur wenn alle wichtigen Protagonisten umfassend eingebunden sind, stimmt das Ergebnis.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird einen erheblichen Einfluss haben, da sie Prozesse effizienter gestaltet und neue Formen der Bürgerbeteiligung ermöglicht. Wir werden uns sicher auch mit den Möglichkeiten und Grenzen der Künstlichen Intelligenz auseinandersetzen müssen. Unsere soziale und berufliche Zukunft wird auch davon geprägt sein. Eine Idee wäre es, einen Digitalrat zu berufen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Gemeinsam für eine starke Gemeinschaft.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Bürgermeisterin, die stets im Dialog mit den Menschen steht und sich für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Stadt Kronach einsetzt.



Bezirkstagspräsident Franz Löffler, Kultusministerin Anna Stolz und Thomas Schwarzenberger, Bezirkstagspräsident Oberbayern gemeinsam mit den Schülern der Thea-Diem-Schule. Bild: StMUK

Bayerischer Bezirkstag und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus:

Pooling-Modell für Schulbegleitung soll Regel werden

In der Thea-Diem-Schule in Unterhaching haben Bayerns Kultusministerin Anna Stolz und der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Franz Löffler, gemeinsame Empfehlungen zum sogenannten Pooling-Modell unterzeichnet. Das Konzept soll eine effizientere und flexiblere Schulbegleitung für Kinder mit besonderem Förderbedarf ermöglichen und langfristig flächendeckend zum Standard werden.

Die Veranstaltung wurde von Schulleiterin Ricarda Friderichs eröffnet, die die Bedeutung der Thea-Diem-Schule als Bereicherung für die Schulfamilie hervorhob. Besonders betonte sie die Einbindung der Schule in den Fördercampus Unterhaching, der verschiedene Einrichtungen unter einem Dach vereint.

Pooling als Zukunftsmodell der Inklusion

In ihrem Grußwort lobte Ministerin Stolz die Schülerinnen und Schüler für ihren engagierten Auftritt und betonte die Bedeutung der Inklusion. „Das Pooling-Modell bietet mehr Selbstständigkeit für die Schüler und bessere Planungssicherheit für die Schulen“, so Stolz. Die ersten erfolgreichen Einsätze in Franken seien bereits wissenschaftlich begleitet worden. Langfristig solle das Pooling die Regel werden, denn „die Herausforderungen an den Förderschulen sind hoch.“

Personalmangel, steigende Schülerzahlen und die Notwendigkeit neuer Konzepte machten es erforderlich, innovative Lösungen zu entwickeln. Stolz dankte insbesondere Franz Löffler und dem oberbayerischen Bezirkstagspräsidenten Thomas Schwarzenberger für ihr Engagement. „Das Ergebnis der Arbeitsgruppen ist gut, aber wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.“

Erfolgsmodell mit Herausforderungen

Löffler unterstrich in seiner Rede die Notwendigkeit, den Auftrag zur inklusiven Schule richtig einzuschätzen. „Seit 2009 wissen wir: Ein Lehrer alleine reicht nicht. Schulbegleiter müssen individuell auf jedes Kind abgestimmt sein.“ Er verwies auf die hohen Kosten von 250 Millionen Euro pro Jahr für die Schulbegleitung und stellte die Frage, ob das System effizienter gestaltet werden könne. „Heute gibt es zwei parallele Systeme: das Schulsystem“

Leerstandsrevitalisierung

Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist die Initiative „Freiräume“ in Kötzing (Landkreis Cham), die sich ehrenamtlich um die Revitalisierung leerstehender Geschäfte kümmert. In nur zwei Jahren konnten dort sieben von 15 Läden wiederbelebt werden.

Platz für Austausch von kreativen Ideen

Auch in Zwiesel (Landkreis Regen) gibt es vielversprechende Entwicklungen: Dort wird am 25. April der Konzeptladen „Neunerlei – Die Stadt ist uns nicht einerlei“ eröffnet. Dieser Laden wird für sechs Monate zudem als Begegnungsraum dienen und verschiedene Workshops anbieten. Auch können Besucher am Stadtplatz an zwei Wochenenden im Monat sowie an verkaufsoffenen Sonntagen Produkte von Handwerkern kaufen und sich über kreative Ideen austauschen.

tem und die Behindertenhilfe der Jugendämter. Diese müssen besser ineinandergreifen.“

Besonders hob er die wissenschaftliche Evaluation hervor, die gezeigt habe, dass derzeit 60 Prozent der Tätigkeit von Schulbegleitern in organisatorische Aufgaben und nicht in die direkte Inklusionsarbeit fließe. Pooling solle Abhilfe schaffen, indem es eine flexiblere und bedarfsgerechte Betreuung ermögliche. Er plädierte für eine Gesetzesänderung, die den individuellen Rechtsanspruch auf Schulbegleitung zugunsten des Pooling-Modells modifizieren würde, ohne dass Kinder benachteiligt würden. „Schwächere dürfen nicht zurückfallen, aber wir müssen Standards überdenken.“

Modell mit Vorbildfunktion

Oberbayerns Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger bezeichnete die Unterzeichnung der Handlungsempfehlung als „Tag der Freude“. Seit 2018 werde der Übergang zum Pooling erprobt, unter anderem im Modell Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Aktuell seien 26 Schulen beteiligt, bis 2026 solle die Zahl auf 32 steigen. „Das Feedback ist positiv, wir wollen weitere Schulen motivieren, sich diesem Weg anzuschließen.“

Die Vorteile des Pooling-Modells seien vielfältig: „Mehr Selbstständigkeit für die Schüler, bessere Kontinuität und einfachere Organisation in Vertretungssituationen.“ Die Zusammenarbeit mit den Eltern sei entscheidend, um das Modell erfolgreich umzusetzen. „Pooling fördert nicht nur die Entstigmatisierung, sondern ermöglicht auch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen.“

Eltern und Schule bestätigen positive Erfahrungen

Schulleiterin Ricarda Friderichs zog eine positive Bilanz: „Früher hatten wir sieben verschiedene Dienste, und wenn eine Begleitung ausfiel, war es schwer, Ersatz zu finden. Das Pooling verbessert die Kontinuität und erleichtert Vertretungen. Schulbegleiter sind inzwischen fester Bestandteil der Schulfamilie.“

Auch Elternbeiratsvorsitzender von Haas begrüßte das Modell: „Früher gab es viele Probleme, jetzt gibt es mehr Konstanz und Eltern können den Alltag besser organisieren. Entscheidend bleibt: Der Mensch steht im Mit-

telpunkt, es geht um die Schüler.“ Mit der Unterzeichnung der Empfehlungen ist ein weiterer Meilenstein zur landesweiten Umsetzung des Pooling-Modells gesetzt. Kultusministerin Stolz und die Vertreter der Bezirke sehen darin eine Zukunftslösung für die Inklusion in Bayern. Nun muss das Konzept durch gesetzliche Anpassungen und weitere Modellprojekte in der Praxis etabliert werden. **MH**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich) Doris Kirchner, Chefin vom Dienst Anne-Marie von Hassel, Inge Metzger

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter: Sebastian Franz (KPv) Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb: Monika Steer (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-12 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025

Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen: Theresa von Hassel (verantwortlich) Telefon 08171 / 9307-17

Erscheinungsweise: 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland: € 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften: (Abrechnung über eine Adresse) € 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen: (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung: zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen: Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH Postanschrift: Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift: Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried Telefon 08171 / 9307-11 Telefax 08171 / 9307-22 eMail: info@gemeindezeitung.de Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse: 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen: Constanze von Hassel Theresa von Hassel Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung: DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Tagung des niederbayerischen Landkreistags in Hauzenberg:

Neustart jetzt!

Bei der jüngsten Tagung der niederbayerischen Landräte in Hauzenberg (Landkreis Passau) stand die dringende Forderung nach tiefgreifenden Strukturereformen und einer besseren Finanzsicherung der Kommunen im Mittelpunkt. Der Bezirksvorsitzende, Landrat Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), verwies dabei auf die Notwendigkeit, dass die künftige Bundesregierung nicht nur frisches Geld für die Kommunen bereitstellen müsse, sondern auch den politischen Willen zeigen solle, bestehende Standards zu hinterfragen und Bürokratie gezielt abzubauen. Gruber verband diese Forderung mit der allgemeinen Vorstellung einer grundlegenden Staatsreform auf Bundesebene.

Ein aus Sicht der Landräte zentraler Aspekt ist die klare Haltung: „Wer anschafft, muss auch bezahlen.“ Die Landkreischefs betonten, dass die Bundesgesetzgebung, insbesondere im Bereich der Jugendhilfe, die Landkreise immer wieder mit neuen finanziellen Verpflichtungen belaste, ohne diese ausreichend auszugleichen. Der Passauer Landrat Raimund Kneidinger verdeutlichte diese Problematik mit konkreten Zahlen: Der finanzielle Aufwand für die Jugendhilfe sei innerhalb weniger Jahre von 10 Millionen auf nahezu 26 Millionen Euro gestiegen. Diese erheblichen Ausgaben fehlten nun an anderen dringend benötigten Stellen.

Situation der Krankenhäuser

Ein weiteres zentrales Thema war die Gesundheitsversorgung, insbesondere die Situation der Krankenhäuser. Die Landkreischefs forderten einen unverzüglichen Inflationsausgleich für Kliniken, um die kommunale Trägerschaft in der Gesundheitsversorgung auch weiterhin sicherstellen zu können. Hierbei sollte ein wesentlicher Teil des angekündigten Sondervermögens di-

rekt an die Kommunen fließen, um eine hohe Qualität der Gesundheitsversorgung vor Ort zu gewährleisten. Für die kommunalen Krankenhäuser sei es notwendig, weiterhin auf eine stabile Finanzierung zu setzen.

Abbau unnötiger Regulierungen

Mit Blick auf das Thema Bürokratie wurde auch der Wunsch nach einem Abbau unnötiger Regulierungen geäußert. Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck erklärte, dass die Behörden selbst den Bürokratieabbau forderten und bereit seien, mit weniger Bürokratie auch mehr Selbstverantwortung zuzulassen. Dies sei ein Schritt in Richtung einer effizienteren und bürgernäheren Verwaltung.

Bayernweite Initiative „HeimatUnternehmen“

Einen zentralen Platz nahm auch ein Projekt ein, das der niederbayerische Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich als „Mutmacher-Initiative“ bezeichnete: „HeimatUnternehmen“ ist eine bayernweite Initiative, die vom

Amt für Ländliche Entwicklung unterstützt wird. In aktuell 13 Regionen begleiten HeimatEntwickler mittlerweile rund 500 HeimatUnternehmer im Freistaat. In Niederbayern umfassen diese Regionen den Bayerischen Wald und die Isar-Inn-Region.

Vernetzung und Unterstützung

Wer sich der Herausforderung stellt, im ländlichen Raum ein Projekt oder eine Geschäftsidee zu verwirklichen, findet bei „HeimatUnternehmen“ die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen oder gemeinnützige Projekte in der Region zu unterstützen. Je nach Bedarf können HeimatEntwickler passende Projekte beratend begleiten. Die Schwerpunkte liegen unter anderem auf Digitalisierung, Leerstandsmanagement und Dorfentwicklung.

Leerstandsrevitalisierung

Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist die Initiative „Freiräume“ in Kötzing (Landkreis Cham), die sich ehrenamtlich um die Revitalisierung leerstehender Geschäfte kümmert. In nur zwei Jahren konnten dort sieben von 15 Läden wiederbelebt werden.

Platz für Austausch von kreativen Ideen

Auch in Zwiesel (Landkreis Regen) gibt es vielversprechende Entwicklungen: Dort wird am 25. April der Konzeptladen „Neunerlei – Die Stadt ist uns nicht einer-

Einzigartig in Bayern:

Das Aschauer Heilige Grab

150 bunte Glaskugeln im glanzvollen Spiel

Zum dritten Mal seit 2019, als das damals frisch renovierte Heilige Grab nach Aschau zurückkam, haben nun wieder viele fleißige Helfer die überdimensionalen Bühnenbilder aufgebaut, Beleuchtung installiert und die 150 bunten Schusterkugeln befüllt. In Zusammenarbeit von Pfarrei, Gemeinde, Tourist Info und Heimat- und Geschichtsverein konnte auch in diesem Jahr erneut das Mammut-Projekt gestemmt werden.

Es gilt als eines der schönsten und vor allem vollständig beispielbaren barocken Kullisengräber Bayerns. Die dreigeschossige Szenerie zeigt, typisch für den Zeitgeist theatralisch, goldene Propheten und Engel, düstere Unterwelten und himmlische Architektur. Das Aschauer Heilige Grab ist der ideale Hintergrund für Passions-singen, klassische Konzerte und feierliche Liturgien.

Führungen

Mehr über Geschichte und Geschichten kann man bei den einstündigen Führungen – auch Sonder-Gruppenführungen sind möglich – erfahren. Aschauer Pfarrer Paul Janßen (Dritter von links) freut sich, dass fünf Führer unter der Leitung der Historikerin Martina Stoib M.A. (Zweite von links) sich intensiv vorbereitet

haben und das aufgebaute Heilige Grab bei einer ersten Begehung in den vergangenen Tagen erkundeten (siehe Foto). Die Führungen finden sonntags jeweils 13.30 Uhr und mittwochs jeweils um 15.30 Uhr statt. Treffpunkt ist



V.l.: Das Team der Aschauer Hl. Grab Führungen: Michaela Thomas M.A., Martina Stoib M.A., Pfarrer Paul Janßen, Kathrin Thaurer und Peter Plank. Nicht auf dem Foto Dr. Christian Elsen. Bild: H. Reiter

vor der Kirche, Kirchplatz 3. Der Eintritt kostet 8 Euro, Kinder bis 16 Jahre sind frei.

Alle weiteren Veranstaltungen und ausführliche Informationen sind im kostenlosen Sonderfaltblatt zu finden, welches in den Kirchen und in der Tourist Info Aschau i. Chiemgau und Sachrang ausliegt.

Weitere Informationen

Tourist Info Aschau, www.aschau.de, 08052/ 90490. □

Künstliche Intelligenz in der Verwaltung:

Landkreis Traunstein als Modellregion

Mit einem wegweisenden Projekt treibt der Landkreis Traunstein die Digitalisierung weiter voran. Das ambitionierte Vorhaben unter dem Titel „KI-gestützte Modernisierung“ soll dazu beitragen, Verwaltungsprozesse zu optimieren, die Effizienz zu steigern und die Mitarbeiter zu entlasten. Die Finanzierung erfolgt über die sogenannte Fraktionsinitiative der Bayerischen Staatsregierung und umfasst ein Fördervolumen von 480.000 Euro, das für den Zeitraum März 2025 bis März 2026 bereitgestellt wird.

Wie Traunsteins Landrat Siegfried Walch im Rahmen einer Pressekonferenz betonte, setze der Landkreis bereits seit Jahren auf die Digitalisierung seiner Verwaltungsprozesse und sei dabei weit fortgeschritten. Ziel sei es, diesen Weg nun mit der Integration von KI-Technologien weiterzugehen. Die digitale Transformation solle die Arbeit im Landratsamt effizienter gestalten und auch die Interaktion mit den Bürgern verbessern.

Effizienz steigern und Bearbeitung beschleunigen

Ein konkretes Beispiel für den Einsatz von KI ist der Einsatz von Schrifterkennungssoftware, die handschriftliche Anträge automatisch in digitale Form überführt. So müssen die Mitarbei-

ter diese nicht mehr manuell ins System eingeben und können ihre Zeit stattdessen für anspruchsvollere Aufgaben nutzen. Dies wird nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch die Bearbeitung von Anträgen beschleunigen, etwa im Bereich der Auszahlung von finanziellen Hilfen.

Die „KI-gestützte Modernisierung“ ist Teil eines umfassenden Projekts, bei dem der Landkreis Traunstein als federführender Antragsteller auftritt. In Kooperation mit der arf GmbH für Organisationsentwicklung aus Nürnberg und einem weiteren, noch auszuwählenden Partnerlandkreis aus Bayern soll die Verwaltung auf ein neues technologisches Niveau gehoben werden. Laut Walch wird durch diese Partnerschaft nicht nur die Digitalisierung vorangetrieben, sondern

auch die Möglichkeit geschaffen, von den Erfahrungen anderer Landkreise zu profitieren.

Ein kontinuierlicher Prozess

Landkreischef Walch zufolge ist die Neugestaltung der Verwaltungsarbeit ein kontinuierlicher Prozess, der stets an den aktuellen Stand der Technologie angepasst werden muss. Dabei seien Standardisierung, Digitalisierung und Automatisierung die drei wesentlichen Säulen, die die Modernisierung vorantreiben sollten. Dies soll nicht nur die internen Abläufe optimieren, sondern auch die Beziehung zu den Bürgern stärken und das Vertrauen in die Verwaltung sowie die Demokratie fördern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Projekts ist die Unterstützung, die der Landkreis Traunstein von der politischen Seite erhält. Der heimische Landtagsabgeordnete Konrad Baur, der sich über die sogenannte Fraktionsinitiative für die finanzielle Unterstützung stark gemacht hat, hob die Vorreiterrolle des Landkreises bei der Digitalisierung hervor und unterstrich, dass die Verwaltung in Traunstein in vielen Bereichen, insbesondere aber im Bausektor, als beispielhaft gelte. Auch wies Baur darauf hin, dass in zahlreichen anderen Regionen zwar von Bürokratieabbau gesprochen werde, aber nur in Traunstein konkrete Schritte unternommen würden, um die Bürokratie abzubauen und Prozesse schlanker zu gestalten.

85 Prozent digital verfügbar

Julian Heigenhauser, Digitalisierungsbeauftragter des Landratsamts Traunstein, erklärte, dass das Amt bei der Digitalisierung „schon gut unterwegs“ sei. Aktuell seien etwa 85 Prozent der 575 Dienstleistungen, die laut Online-Zugangsgesetz digital angeboten werden müssen, bereits online verfügbar. Beispiele hierfür seien der Online-Austausch des alten gegen den neuen Führerschein oder die Möglichkeit, ein Auto von zu Hause aus abzumelden. Dennoch, so machte Heigenhauser deutlich, bleibe noch einiges zu tun, um die digitale Verwaltung weiter zu optimieren und noch benutzerfreundlicher zu gestalten. DK

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder:

Förderung für Horte in Taufkirchen, Pfarrkirchen und Geisenhausen

Der Ausbau der Kinderbetreuung für Schülerinnen und Schüler in der Grundschule in Bayern geht voran. Nach Angaben von Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf entstehen mit dem Hort am Wald in der Gemeinde Taufkirchen 100, mit dem Kinderhort an der Grundschule in Pfarrkirchen 75 und mit dem Hort in Geisenhausen 50 neue Betreuungsplätze für Grundschulkinder. Der Freistaat unterstützt die drei Kommunen dabei mit einer Förderung in Höhe von insgesamt 1,35 Millionen Euro.

Laut Scharf ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder die entscheidende familien-, sozial-, wirtschafts- und integrationspolitische Aufgabe. „Familien sollen die Betreuung erhalten, die am besten zu ihrer Lebensrealität passt, um Familie, Beruf und Pflege zu vereinbaren.“

Rechtsanspruch tritt 2026 in Kraft

Bereits jetzt besucht mehr als die Hälfte der Grundschulkinder in Bayern ein Angebot am Nachmittag – einen Hort, die offene oder gebundene Ganztags- oder eine Mittagsbetreuung. Zum Schuljahr 2026/2027 tritt der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter schrittweise in Kraft. „Beim Ausbau der Kinderbetreuung auch im Grundschulalter lässt die Staatsregierung Kommunen nicht allein“, betonte die Ministerin. „Wir unterstützen beim Ausbau der Plätze und der Ausstattung finanziell. Im Landesförderprogramm Ganztagsausbau stehen dafür 461 Millionen Euro bereit.“ DK

GZ PINOS WELT

In den letzten Tagen habe ich mir mal wieder eine Kinokomödie aus den 80er Jahren angeschaut. Marianne Sägebrecht in einem Film von Percy Adlon: Rosalie Goes Shopping.

Die Handlung ist schnell erzählt. Die Oberbayerin Rosalie lebt nach ihrer Heirat mit einem GI im trostlosen Stuttgart (Arkansas) und füllt ihre leeren Tage mit hemmungslosem Konsum. Ob man die Verwicklungen nun lustig findet oder nicht, die sich daraus ergeben, dass sich Rosalie die ganzen schönen Dinge, die sie kauft, objektiv nicht leisten kann und deshalb in allerlei Trickereien verfällt – zwei Sätze in dem Film stehen heraus und sind heute so zutreffend wie damals: Hast Du hundert Dollar Schulden, hast Du ein Problem. Hast Du eine Million Dollar Schulden, hat die Bank ein Problem.

Deshalb sind wohl auch die meisten Experten so gelassen angesichts der eben beschlos-



gefragt wird, wer denn die vielen neuen potenziellen Schulden einmal zurückzahlen soll. Oder glaubt jemand, Japan könnte die komplette Wirtschaftsleistung von zweieinhalb Jahren jemals zurückzahlen?

Bei diesen Dimensionen geht es darum, ob man die Zinsen aufbringen kann. Wenn ja, bekommt man Geld geliehen, mit dem man auch die Tilgungen für frühere Schulden leisten kann. Wer jetzt den Begriff Schneeballsystem benutzt, hat einen Punkt. Allerdings können Staaten auch mit anderen Mitteln dafür sorgen, dass sie weiter zahlungsfähig bleiben, etwa mit Wirtschaftswachstum.

Noch platter gesprochen: Es kommt nicht drauf an, möglichst wenig Staatsschulden aufzunehmen, sondern diese sinnvoll auszugeben. Und das ist der Punkt, an dem meine Fellhaare leicht ergrauen. Wir können noch so viel Geld in die Bundeswehr zu pumpen versuchen: Wenn wir weiterhin alle Regeln zu öffentlichen Ausschreibungen beachten müssen und jede Beschaffung über 25 Millionen Euro vom Haushaltsausschuss des Bundestages einzeln genehmigt werden muss, werden die ersten nicht schuldengebremsen Panzer nach der Invasion an einen General der neuen Roten Armee übergeben werden. Stichwort: Zu langsam, zu spät.

Das gleiche bei der Infrastruktur. Schnelle, zielgerichtete und rasch umgesetzte Investitionen würden sicher den Wirtschaftsstandort stärken und Wachstum generieren. Aber wenn wir nicht gleichzeitig dafür sorgen, dass nicht weiterhin irgendwelche anonymen, staatsfinanzierten Lobbyverbände sinnvolle Investitionen gerichtlich über Jahrzehnte verhindern können, weil auf einem Grundstück die rotgrün gestreifte Blockierunke haust, wird auch dieses Geld verpuffen. Zu langsam, zu spät.

Hoffen wir also mal das Beste, dass die neue Regierung nicht nur die Kraft hat, Geld aufzunehmen, sondern auch die doppelte Kraft, Struktur-reformen anzupacken. Denn nichts wäre schlimmer, als wenn es nach den Verfassungsänderungen nur noch so ginge, wie Arthur Schopenhauer einst meinte: „Das Geld gleicht dem Seewasser – je mehr man davon getrunken hat, desto durstiger wird man.“

Schulden sind der neue Chic!

nen Verfassungsänderungen. Modifizierung der Schuldenbremse für die Landesverteidigung im umfassenden Sinne, mehr Verschuldungsspielraum für die Länder und ein Sondervermögen für Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne plus Energiewende – das hört sich zunächst wie ein Problem an.

Aber aufgrund der zeitlichen Streckung und der guten finanziellen Ausgangslage der Republik dürfte sich die Gesamtverschuldung von derzeit ca. 65 v.H. des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf vielleicht 85 oder 87 v.H. steigern. Das verstößt zwar auch gegen die Maastricht-Kriterien, auf die seit den Kanzlerzeiten von Gerhard Schröder ohnehin alle nur pfeifen, ist aber meilenweit entfernt von der Verschuldung Japans mit 261 v.H. vom BIP, den USA mit 122 v.H. vom BIP oder Großbritannien mit 103 v.H. vom BIP. Insgesamt sind 35 von 189 Staaten, für die der Internationale Währungsfonds über zuverlässige statistische Angaben verfügt, mit 100 v.H. oder mehr vom BIP verschuldet. Schulden sind international also chic.

Bei diesen Zahlen mutet es fast rührend deutsch an, wenn bei uns in den Debatten noch

Ihr Pino



V.l.: Jürgen Perteck (Menschenfreude e.V.) und Landrat Stefan Rößle bei der Schuleröffnung in Madagaskar. Bild: Perteck

Landkreis Donau-Ries:

Ein Jahr und vier Schulen später

Spenden statt Geschenke zum 60. Geburtstag

Zu seinem 60. Geburtstag am 16. März 2024 verzichtete Landrat Stefan Rößle auf Geschenke und bat stattdessen um Spenden für den Verein „1000 Schulen für unsere Welt“, dessen Vorsitzender er ist. Die Resonanz war überwältigend: Dank der großzügigen Spendenbereitschaft kamen 50.000 Euro zusammen – genug, um anstelle einiger geplanten Schulen gleich vier Schulprojekte zu realisieren.

Ein Jahr später sind alle vier Schulen fertiggestellt und fast alle werden bereits für den Unterricht genutzt. „Ich bin nach wie vor tief bewegt von der unglaublichen Unterstützung, die dieses Geburtstagsvorhaben erfahren hat“, erklärt Landrat Rößle. „Es zeigt, wie viel wir bewirken können, wenn wir an eine bessere Zukunft für al-

le glauben und gemeinsames Handeln danach ausrichten.“

Die einzelnen Projekte im Überblick:

• Ruanda: In Kigali-Nyamata entstand in Zusammenarbeit mit dem Verein Menschenfreude e.V. eine neue Schule. Während ei-

ner privaten Reise im November 2024 konnte sich Landrat Rößle persönlich ein Bild vom Baufortschritt machen. Die Schule ist inzwischen vollständig fertiggestellt und in Betrieb.

• Madagaskar: In Amparaky wurde eine durch einen Wirbelsturm zerstörte Schule wieder aufgebaut. Die feierliche Eröffnung fand im September 2024 statt, an der auch Landrat Rößle und der projektverantwortliche Verein Menschenfreude e.V. teilnahmen. Auch diese private Reise blieb nachhaltig in Erinnerung – neben dem emotionalen Empfang beeindruckte Landrat Rößle besonders die Wertschätzung der Kinder für mitgebrachte Bleistifte.

• Liberia: In Tarquoi wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein Street Child e.V. ein weiteres Schulgebäude errichtet. Das Projekt wurde im Oktober 2024 feierlich eingeweiht. Die lokale Gemeinde beteiligte sich aktiv an der Umsetzung, unter anderem durch die Bereitstellung von Baumaterialien.

• Togo: In Notse wurde mit Unterstützung des Vereins Hilfe für Togo e.V. eine Grundschule errichtet. Die Bauarbeiten sind kürzlich abgeschlossen worden und die feierliche Übergabe an die Gemeinde steht unmittelbar bevor.

Landrat Rößle unterstreicht den Wirkungsbereich des gemeinschaftlichen Engagements: „Vier Schulen später und ein weiteres Jahr älter bin ich vor allem dankbar für die vielen neuen Chancen und Zukunftsperspektiven, die wir nun zahlreichen Kindern in den ärmsten Regionen der Welt ermöglichen. Auf diesen Erfolg zurückblicken zu dürfen, ist für mich wirklich ein großes Privileg.“ □

Regionale Transformationskonferenz in Ingolstadt:

Potenziale gezielt nutzen

Rund 50 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft trafen sich in Ingolstadt, um zentrale wirtschaftspolitische Themen zu erörtern und Weichen für die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stellen. Die Fortführung der Transformationsnetzwerke und der Einsatz neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz standen ebenso im Mittelpunkt der Diskussion wie eine verstärkte branchenübergreifende Zusammenarbeit sowie die Modernisierung von Verwaltung und Bürokratie. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Innovationsförderung im Freistaat diskutiert.

Für den Initiator der Veranstaltung, Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, ist die Transformation ein Dauerprozess. „Vom Handwerk bis zur Automobilindustrie müssen wir uns stets anpassen. Wir gehen in die Regionen, um mit den Akteuren vor Ort dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftskraft erhalten bleibt und weiter gestärkt werden kann. Jede Region hat dabei ihre eigenen Transformationsbedarfe. Die Verantwortungsgemeinschaft vor Ort muss dabei gemeinsam in eine Richtung ziehen.“

Verantwortungsgemeinschaft

Die Akteure sollen sich Aiwanger zufolge als eine Verantwortungsgemeinschaft verstehen, um Herausforderungen wie Fachkräftemangel, drohende Entlassungen oder Digitalisierung gemeinsam zu meistern. „Als Politik sollten wir möglichst wenig mit falschen oder gar ideologischen Vorgaben im Weg stehen und

den Unternehmen die Chance geben, die Transformation ihres Produkts so leicht wie möglich zu gestalten“, betonte der Staatsminister.

Die wirtschaftliche Lage der Region sei solide, Ingolstadt stehe im Vergleich zu weiteren bayerischen Regionen gut da, hob Aiwanger hervor. Konkret lag die Arbeitslosenquote in Ingolstadt im Jahresdurchschnitt 2024 bei 2,9 Prozent und damit unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,7 Prozent. In den vergangenen zehn Jahren stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region um 14,4 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lag 2022 bei 69.830 Euro, was über dem bayerischen Durchschnitt von 54.007 Euro liegt.

Laut Aiwanger fördert das Bayerische Wirtschaftsministerium in der Planungsregion bereits erfolgreich mehrere zukunftsweisende Projekte. Dazu zählen der IRMA e.V. (Initiative Regionalma-

nagement Region Ingolstadt e.V.), der mit seinen Fachkräftesicherungsinitiativen einen wichtigen Beitrag zur Transformation der Region leistet, sowie der Technologiepark IN-campus in Ingolstadt, der ein vorbildliches Beispiel für die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft darstellt. So wird der von der IN-Campus GmbH, einem Joint Venture der Stadt Ingolstadt durch ihr Beteiligungsunternehmen IFG AöR und der AUDI AG geschaffene Technologiepark unter anderem bereits von der VW-Softwareschmiede CARIAD und der Technischen Hochschule Ingolstadt genutzt. Auch wird seit 2020 im Rahmen des KI-Netzwerks der bayerischen Hightech-Agenda der Aufbau eines Fraunhofer Anwendungszentrums an der TH Ingolstadt im Bereich vernetzte Mobilität und Infrastruktur unterstützt.

Wie Ingolstadts neugewählter Oberbürgermeister Dr. Michael Kern erläuterte, stünden die Automobilindustrie und mit ihr die gesamte regionale Wirtschaft vor einer tiefgreifenden Transformation. Dieses heimische Rückgrat gerate ins Wanken, weshalb entschlossenes Handeln nötig sei. Um die Wirtschaftsregion Ingolstadt und Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Branche zu sichern, seien politische Lösungen und verlässliche Rahmenbedingungen entscheidend. „Hierbei brauchen Wirtschaft und Kommunen aus München, Berlin und Brüssel Unterstützung. Für diese Unterstützung durch den Freistaat haben wir heute gemeinsam mit den Unternehmen gewonnen“, machte Kern abschließend deutlich. **DK**



Gaben den Weg frei, v.l.: Franz Xaver Peteranderl, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Messechef Reinhard Pfeiffer, Hubert Aiwanger, Bayerischer Wirtschaftsminister und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Messe München, Andrea Gebhard, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, Messechef Stefan Rummel und Herbert Vanvolsem, 2. Bürgermeister Gemeinde Feldkirchen. Bild: Messe München GmbH

Messe München:

Neue Brücke und Multifunktionsfläche entlasten den Verkehr für Messestadt und Umland

Pünktlich zur Weltleitmesse bauma hat die Messe München eine neue Brücke und eine 5,4 Hektar große Multifunktionsfläche bei Feldkirchen eröffnet. Diese Maßnahmen entlasten bei Großveranstaltungen den Verkehr in der Messestadt Riem und den Umlandgemeinden erheblich.

Die Fläche bietet an bis zu 50 Tagen im Jahr Platz für 300 Busse oder 1.000 Pkw und ist über die Brücke direkt mit dem Messegelände verbunden. Messechefs Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel betonen: „Das ist eine zukunftsweisende Investition in unser Messegeschäft und ein Gewinn für die Region – eine echte Win-Win-Lösung.“ Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ergänzt: „Seit über 60 Jahren schlägt die Messe Brücken zu internationalen Märkten. Mit dieser neuen Infrastruktur stärkt sie die bayerische Wirtschaft und Weltleitmessen wie die bauma.“

Die Multifunktionsfläche dient nur bei Großveranstaltungen außerhalb der Vegetationszeit als Überlaufparkplatz. Eine neue Rechtsabbiegespur an der Otendichler Straße erleichtert den Abfluss.

Ökologische Aufwertung

Der Bedarf entstand durch den Ausbau der Messestadt, der bisherige Brachflächen als Parkraum nimmt. Zur bauma (7.–13. April, 630.000 Besucher) zeigt sich der Nutzen erstmals. Ökologisch wurde die ehemalige Ackerfläche aufgewertet: Über 100 Bäume, Laichgewässer und ein

4,5-Meter-Grünstreifen auf der Brücke fördern Amphibien und Biodiversität. Bis 2027 plant die Messe zwei weitere Brücken: Eine Fahrrad- und Fußgängerbrücke über die A94 (Baubeginn Oktober 2025) und eine über die Münchner Straße (zeitlich offen, abhängig von der Umgehungsstraße). Die Gesamtkosten von 21,6 Mio. Euro trägt die Messe selbst. „Wir finanzieren das aus eigener Kraft“, so Pfeiffer und Rummel.

Wichtige Punkte

- Verkehrsentslastung: Brücke und Fläche für Großveranstaltungen.
- Ökologie: Grünstreifen, Bäume und Habitate für Artenvielfalt.
- Zukunftspläne: Zwei weitere Brücken bis 2027.
- Wirtschaft: Stärkung der Region und der bauma.

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8/2025, die am 10. April 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser · Pflegeheime · Rehabilitation
- Schulen · Kindergärten · Horte · Spielplätze
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

**Brunnensanierung /
Brunnenregenerierung**

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

**FAHNEN
KÖSSINGER**

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau



**GLASFASER-INTERNET
AUS BAYERN.**

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE
GLASFASER

**Grünes Licht
für Glasfaser.**

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

**Informationssicherheit und
Datenschutz**



DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de
Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

**Kommunale
Immobilienentwicklung**



Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de



Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektiven Winterdienst

BUCHER
municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

